

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 95, 7, und die Post zu beziehen.
Wochensatz 1.00, Monatsatz 3.00, Postzusatz 10 Pf. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 61.

Mittwoch, den 13. März 1895.

2. Jahrgang.

Steuer eine Beilage.

Die Ereignisse in Petersburg.

Unter dem Datum: Petersburg, 19. Febr. (3. März) 1895, wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Sie wünschen nähere Nachrichten über die Vorgänge an unserer Universität. Sie irren, wenn Sie meinen, daß diese Vorgänge eine Ähnlichkeit haben mit den „Ruhestörungen“ — wie es in der Presse heißt — die z. B. im Jahre 1889 hier stattfanden. Die jetzigen haben einen weit ernsthafteren politischen Charakter angenommen. Das Volk fühlt und jauchzt mit uns. Es ist eine Bewegung, die weitere Kreise erfaßt hat. Ich will ja glauben, daß Sie durch die bürgerliche Presse falsch benachrichtigt, eine ziemlich scharfe, verurtheilende Meinung über uns haben. Der „Reichsbote“, unser amtlicher Regierungsorgan, versteht ja so schön zu lügen, und der Telegraph lügt und die Provinzialblätter müssen nachlügen. Der „Reichsbote“ erklärt immer wieder, daß die „Ruhestörungen“ nur durch „einige angezechte Lämmer“ verursacht sind und daß man dieselben deshalb ganz unberücksichtigt lassen müsse. In allen Orten hätten sie nur diesen Charakter gehabt, und das Publikum möge entschuldigen, daß die Beamten etwas milde vorgegangen seien und daß deshalb die Unruhen größere Dimensionen angenommen haben. „Die Bande“ hätte auch Schuld daran, daß einige Verwundungen von Bürgern vorgekommen seien“ u. s. w. Alle diese dunklen Ausführungen des „Reichsboten“, die auch den Provinzialblättern zugesandt werden, um den eigentlichen Sachverhalt zu vertuschen, sind von A bis Z erlogen. Wir haben heute im „Berl. Tageblatt“ und im „Pariser Figaro“ die gleiche Geschichte gelesen und es scheint demnach, daß das hier kursirende Gerücht sich bestätigt, nämlich, daß die Berichterstatter mehrerer ausländischer Zeitungen in den Regierungskreisen ziemlich gut bekannt sind und aus Interesse im Sinne der Regierung arbeiten. Natürlich munkelt man dies nur. Also deshalb Vorsicht bei derartigen Nachrichten und man schenke ihnen keinen Glauben. Wir wissen ja, wie es in dieser Hinsicht mit Crispi-Unterto-Italien und der deutschen „bürgerlichen“ Presse steht, und was dem Kleinen möglich, das wird wohl auch der Große können. Unsere Regierung hat erst vor Kurzem gewittert, daß es in Rußland auch Sozialisten giebt und nicht nur allein „Mihilisten“, wie jeder freier denkende Mensch kurzweg bezeichnet wird. Das russische Blatt „Rabjudacel“ (Beobachter) hat, wie Sie wohl wissen werden, erst vor Kurzem eine strenge Klage erhalten, weil es, wie es im „Reichsboten“ heißt, „eigenförmig und trotzig sei und sozialistischen Ideen huldige“. Ich habe das nur als Beispiel angeführt, um zu zeigen, daß unsere Regierung endlich merkt, von welcher Seite ihr das Ende droht. Und sobald die Regierung auf diesem Wege ist, wird sie auch ihre Spizeleien nicht unterlassen, um diesen „geheimen Bund“ — nicht wahr lächerlich? — auszuschmüßeln, wenn es ihr auch Millionen und wiederum Millionen kosten sollte. Es giebt unter den akademischen Bürgern — nicht bloß in Rußland — eine Unzahl russischer Spitzel; also Vorsicht! Vor Allem gefallen uns die Artikel des „Vorwärts“ und wir lassen dieselben in Abschrift immer weiter zirkuliren.

Aber ich bin zu weit gerathen von meinem eigentlichen Thema, über das ich Ihnen schreiben sollte. Nämlich über die Unruhen. Der Thatsachbestand ist folgender: Am 21. Februar feierte die Universität, wie gewöhnlich, ihr Jahresfest. Nach der alten Sitte wurden beim Festakt Auszeichnungen für Arbeiten verliehen. Dann kam die Rede des Rektors. In seiner Rede betonte derselbe die Reformen des verstorbenen Zaren Alexander III. und pries dessen Wohlwollen gegenüber der studirenden Jugend. Unter den anwesenden Studenten bemerkte man schon eine zu abweisende Haltung. Seine Ausführungen über Alexander III. beschloß der Rektor damit, daß er die Anwesenden zum Aufstehen aufforderte, indem er unter Anderem sagte: „... Mögen noch viele Herrscher im Sinne Alexander III. auf dem Throne unseres lieben Vaterlandes walten.“ Eine leise Unruhe, Klappern und Poltern mit dem Paradebegen*) und ein allgemeines, aber höchst komisches Aufstehen von den Sitzen. Der Eine

halbgebückt, der Andere schief und der Dritte sperrt seinen Mund auf bis zu den Ohren, um zu zeigen, welche langweiligen Sachen hier vorgebracht werden. Plötzlich ertönt aus einer Ecke ein ziemlich lautes „pereat“ und „wonn“ (fort!). Der Rektor wird blaß und steigt vom Katheder. Allgemeine Erregung. Der Rektor begiebt sich unter die Studenten und fordert sie auf, den „Missethäter“ beim Namen zu nennen. Ein leises Rischen und Rühren. Der Rektor verließ den Saal und erschien nach einigen Minuten mit mehreren Gendarmen. Aus der verdächtigen Ecke wurden 9 Personen verhaftet. Die Erregung wurde immer größer. Die Studenten verließen lärmend den Saal und gingen auf der Straße nicht auseinander, sondern blieben in einzelnen Häuflein, in der Nähe auf- und abgehend. Das Festessen begann, nun kam die Sache erst ins Rollen. Bei der Festtafel erhob sich, wie gewöhnlich, der Rektor, um das Kaiserhoch auszubringen. Man sah seine Aufregung. Er forderte die Anwesenden auf, mit ihm einzustimmen. Seine Stimme klang zitternd: Hurrah! Ein leiser Wiederklang; Hurrah! Es schweigen alle. Die Musik spielt: „Gott schütze den Kaiser.“ Sobald der erste Akkord des Liedes ertönt, setzen sich alle und schweigen. Die Musik bricht ab. Der Rektor zittert vor Aufregung. Er spricht: „Meine Herren, das ist kindisch, das ist empörend.“ Ein allgemeiner Tumult ertönt die Worte des Rektors. Man ruft „wonn!“ und fordert die Freilassung der neun eingesperrten Kameraden. „Wir lassen sie nicht im Gefängniß schmachten. Auf nach dem Anitschkoff-Palais!“ Und die Menge zog nach der Liteinaja-Brücke. Auf der Straße gesellten sich noch andere Studenten, die sich an dem Essen nicht betheiligen konnten, hinzu, so daß gegen 2000 Studenten im Zuge waren. Die Polizei schritt noch nicht ein. Das erste Zusammentreffen mit der Gendarmerie und den Dwozniks (Hausmänner — die im Dienste der Polizei stehen) war auf der genannten Brücke. Es entstand ein förmlicher Kampf. Es dauerte nicht weniger als eine halbe Stunde. Die Dwozniks gingen schließlich auf die Seite der Studenten über, so daß die Gendarmerie gezwungen war, zu weichen. Wir kamen über die Brücke, aber es war schon das Militär herbeigerufen, welche das ganze Anitschkoff-Palais umringt hielt, so daß wir uns zurückziehen mußten. Von hier zogen wir unter stetiger Zunahme der Menge, unter der auch viele Bauern und Bürger sich befanden, nach der Michael-Manege. Auch hier entstand ein förmlicher Kampf. Die hier anwesenden Offiziere zogen blaß und vier unserer Kameraden wurden getödtet, viele wurden verwundet. Der „Reichsbote“ weiß nur 18 leichte Verwundungen zu melden. Rufe wie „Fort mit dem Zaren!“ ertönten beinahe ohne Unterbrechung. Ueberall, wo die Gendarmerie weichen mußte, jubelte das mitkämpfende Volk mit uns. Die Straßen lebten sich, Rutschen, wie es schien mit Staatsbeamten, liefen sehr eilig nach dem Anitschkoff-Palais zum Kaiser. Eine Gruppe von etwa 200 Mann führte das „Kleine Theater“, wo „Das Leben für den Zaren“ gegeben wurde und erzwang es, daß die Vorstellung unter „Pereat“-Rufen abgebrochen ward. Es war schon Morgen, als alle sich zerstreuten. Noch in derselben Nacht wurden viele Hausdurchsuchungen vorgenommen und sie werden seitdem täglich fortgesetzt. Eine größere Zahl von Verhaftungen ist noch nicht vorgenommen worden. Wir haben alle unsere Sachen „gereinigt“, so daß man nichts vorfinden wird. Am andern Tage wurde eine Deputation zum Rektor geschickt, welche die Freilassung der verhafteten Kameraden verlangte. Der Rektor hat höchst brutal geantwortet. Und die Unruhen nehmen kein Ende. In großen Mengen ziehen die Studenten durch die Straßen. Das Volk, wie Arbeiter, Frauen und Männer begleiten uns. Bei verschiedenen Denkmälern der russischen Dichter werden Reden gehalten. Die Arbeiter werden aufgefordert, endlich ihr Recht zu verlangen. Die Reden werden von brausendem Beifall begleitet. Viele hören mit entblößten Häuptern zu. Alles ist in Bewegung. Das Militär zieht spielend und singend, natürlich auf „allerhöchsten“ Befehl durch die Straßen, um die Leute zu betäuben, so daß sie die aufreizenden Reden und die Seufzer der Verwundeten oder eingesperrten Kampfgenossen nicht hören sollen. Wir sehen, daß das Volk uns liebt und mit uns ist. Wir zeigen dem Volke, wohin man es führt und wohin es gehen soll; was es zu fordern hat. Der Kampf um das Recht hat begonnen! Wohl an, froh

und tapfer! Jetzt, während ich diese Zeilen schreibe, gehen meine Genossen nach dem Petri-Paulowski-Gefängniß, um dort manche schmachtende Seele, wenigstens von weitem, zu erfreuen. Ich schreibe diese Zeilen, vielleicht die letzten. Wer kann wissen, was geschieht. Seid herzlich gegrüßt und wenn mich etwas Menschliches treffen sollte, so vergeßt nicht Euren treuen Freund. — Demnach scheint Rußland am Vorabend event. großer Ereignisse zu stehen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 11. März 1895.

57. Sitzung.

Präsident v. Lepow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Bundesrathstische: Dr. von Bötticher, Dr. von Stephan, Bronsart von Schellendorff.

Zunächst wird der mündliche Bericht der Budgetkommission über die ihr überwiesenen Resolutionen zum Militäretat entgegengenommen.

Die Kommission (Berichterstatter Abgeordneter v. Bobbelski, R.) beantragt die Annahme der Resolution Bobbelski in unveränderter Fassung:

„Den Herren Reichstanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß für das Etatsjahr 1895/96 die Mittel bereit gestellt werden, um den Quartierwirthen, welche während der Übungen der Truppen den Mannschaften die Verpflegung freiwillig verabfolgen, eine Vergütung nach den Sätzen für die Marschverpflegung gewähren zu können.“
Die Annahme der Resolution Dr. Schäbler und Gen. dagegen in folgendem Wortlaut:

„Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die mit der Verabreichung warmer Abendkost an die Mannschaften des aktiven Heeres angestellten Versuche fortgesetzt werden, und je nach dem Ergebnis dieser Versuche Mittel zur allgemeinen Einführung dieser Einrichtung in den Etat einzustellen, sobald die Finanzlage des Reiches es gestattet.“

(Die letzten sieben Worte sind Zusatz der Kommission, welche außerdem die in dem ursprünglichen Antrag Schäbler enthaltenen gewesenen Worte „für das Etatsjahr 1895/96“ gestrichen hat.)

von Volkmar (S.) bemerkt, durch die Veränderung, die die Kommission an dem Wortlaut der Resolution Schäbler vorgenommen habe, verliere diese allen Werth, denn die Finanzlage des Reiches werde noch auf lange hinaus die Durchführung der Maßregel nicht gestatten. Man sollte lieber die Resolution zurückziehen, um nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, daß der Reichstag ungezählte Millionen für das Militär bewillige, aber nicht genug, um unsere Soldaten genügend zu ernähren. Er beantrage, jedenfalls über den Zusatz der Kommission ganz besonders abzustimmen, da er gegen diesen Zusatz stimmen werde.

Dr. Schäbler (Z.) kann nicht anerkennen, daß seine Resolution durch den Zusatz der Kommission vollständig werthlos werde. Die Kommission habe zum Ausdruck gebracht, daß die Verabreichung von warmer Abendkost recht bald durchgeführt werde. Auf die Finanzlage habe man unbedingt Rücksicht nehmen müssen.

Dr. Hamacher (M.) schließt sich diesen Ausführungen an, und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Maßregel bald zur Durchführung gelangen könne.

Richter (FvP.) hält es für eine eigenthümliche Tactik der Sozialdemokraten, hier für eine Erhöhung der Ausgaben einzutreten, während sie nachher, wie stets, gegen den ganzen Etat zu stimmen entschlossen seien. So erhebliche Mehrausgaben ließen sich nur einmal nicht nachträglich in den Etat hineinbringen, wenn man nicht an anderen Stellen Abstriche mache. Wolle etwa Herr v. Volkmar, um die warme Abendkost zu ermöglichen, für die Tabaksteuer stimmen?

v. Volkmar erwidert, er werde weder für letztere, noch für eine andere indirekte Steuer eintreten. Es komme nur darauf an, Ersparnisse beim Militäretat zu machen.

Die beiden Resolutionen werden darauf in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Darauf tritt das Haus in die zweite Berathung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung ein.

Beim Titel „Staatssekretär“ befragt

Dr. Lingens (Z.) eine weitergehende Sonntagsruhe für die Beamten der Postverwaltung und deshalb die Annahme folgender von der Kommission vorgeschlagenen Resolution: „Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zur Förderung der Sonn- und Feiertagsruhe im Deutschen Reich gleichzeitig mit der Abschaffung der Güterzüge auf den Eisenbahnen auch die vom Reichstag beschlossene Beschränkung des Packetbetriebes beim Reichspostamt zur Ausführung gelange.“

Referent Müller-Dortmund (M.) befragt Namens der Kommission gleichfalls die Annahme der von dem Berichterstatter empfohlenen Resolution.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erklärt es sei schon seit Jahren das Bestreben der Reichs-Postverwaltung, ihren Beamten die nöthige Sonntagsruhe zu gewähren; in dem Umfange, wie die Resolution und Abg. Lingens es wünschte, werde es aber nicht möglich sein, schon deshalb, weil die Post sehr oft mit außerordentlichen, unvorhersehbaren Verhältnissen zu rechnen habe. Beschränke man auch die Annahme von Packeten an Sonntagen, so

*) Bei feierlichen Gelegenheiten haben die russischen Studenten eine besondere Uniform, mit Degen.

werde man doch mindestens die von Eilpäckchen beibehalten müssen, ebenso auch die Bestellung von solchen.

Dr. Müller (Sagan, F.P.) wünscht eine Verlegung der Schalterstunden an Sonntagen im Interesse des Handelsstandes, für den nach Verhängung der Sonntagsruhe die Zeit von 6 bis 7 Uhr Abends wenig Wert habe. Für die den Mitgliedern des Hauses zugestellten kartographischen Uebersichten über die Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens in Deutschland sei er dem Staatssekretär dankbar. Ueber fehle eine gleiche Uebersicht über die Entwicklung des Telephonwesens, und er fürchte, dieselbe würde ein wesentlich ungenügendes Bild liefern. In anderen Staaten habe dies ohne Zweifel einen weit großartigen Aufschwung genommen. Das liege lediglich an den hohen Telephongebühren. Im Auslande habe man auch vielfach bessere Apparate. Eine große Zahl von Handelskammern habe wiederholt um Abhilfe petitiert, aber immer ohne Erfolg. Ein großer Mangel sei es ferner, daß für Gespräche zwischen enganeinanderliegenden und mit einander verwachsenen Städten wie Hamburg und Altona, Elberfeld und Barmen, Köln und Deutz die Gebühren für Fernverkehr erhoben würden. Weiter beklagt er die Erhöhung der Gewichtsgrenze für gewöhnliche Briefe von 15 auf 20 Gramm. Ein großer Einnahmeausfall würde davon auf die Dauer sicher nicht zu befürchten sein.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erwidert, eine Uebersicht über die Entwicklung des Telephonwesens hoffe er dem Hause im nächsten Jahre zugehen lassen zu können, vielleicht auch eine solche vermehrt hätten. Das Fernsprechwesen habe bei uns einen Aufschwung genommen, wie nirgends in der Welt. Der Vordränger habe wohl nur nicht das gesamte Material zur Hand gehabt. In ganz Frankreich beständen z. B. nicht so viel Fernsprechstellen, wie in Berlin allein. Das spreche doch deutlich genug, daß die Zahl der Abonnenten sich jetzt nicht mehr in dem Maße steigere, wie im Auslande, sei doch kein Wunder; wir hätten eben den Gipfelpunkt erreicht. Die Wünsche auf Ermäßigung der Fernsprechgebühren, die von einer Anzahl von Handelskammern vorgebracht worden seien, seien ihm sehr wohl bekannt, er wisse aber andererseits auch, daß eine ganze Reihe von anderen Handelskammern sich diesen Wünschen nicht angeschlossen habe, weil sie sie nicht für begründet erachtet hätten. Die Verwaltung könne sich nicht davon überzeugen, daß durch eine Ermäßigung der Gebühren sich die Zahl der Abonnenten genügend vermehren würde, um den entstehenden Ausfall auszugleichen. Wünsche man aber eine Gebührenermäßigung für die kleinen Städte, so sei zu entgegen, daß in diesen gerade die Kosten der Anlagen sich oft gar nicht verzinsen; Ueberschüsse brächten nur die großen Städte; für diese müßte man demnach eher eine Ermäßigung befürworten. Man müsse aber bedenken, daß die Unterhaltung des Fernsprechwesens sehr erhebliche Kosten erfordere. Deshalb könne man auch Städten wie Hamburg-Altona, Barmen-Elberfeld oder Köln-Deutz keine besonderen Begünstigungen zugestehen. Die Erhöhung der Gewichtsgrenze, die Vordränger befristet habe, würde so erhebliche Umsätze verursachen, daß sie wahrscheinlich die Erschließung neuer Steuerquellen nötig machen würde. Zu einer solchen werde aber die Partei des Vordrängers am wenigsten die Hand bieten wollen.

Dr. Förster (Reformp.) hält eine Herabsetzung des Portos für Stadtbriefe in Berlin auf 5 Pf. für geboten. Dabei könnte die Postverwaltung ein gutes Geschäft machen, wie unabweisend aus dem großen Aufschwung hervorgehe, den das Privatunternehmen der Paket-Gesellschaft genommen habe. Er wüßte jedoch eine Bestimmung, durch welche die Postverwaltung ermächtigt werde, die oft in großen Massen aufgegebenen Druckfachen unfruchtlichen Inhalts zurückzuweisen. Für sehr wünschenswert halte er ferner eine Erhöhung des Höchstbetrags der Stadtbrieftreger, auch eine Erleichterung ihres Dienstes durch Einführung einer zweckmäßigen Kleidung in der heißen Jahreszeit müsse er befürworten. Die Anregung auf eine weitergehende Sonntagsruhe der Postbeamten könne er nur von ganzem Herzen unterstützen. Weiter müsse er darauf aufmerksam machen, daß die Militärämter bei der Postverwaltung erheblich ungünstiger gestellt seien als die Zivilämter, indem man Ersteren den Probendienst beim Aufrufen in höhere Gehaltsstufen nicht anrechne. Nebener tadelt schließlich die immer wieder vorkommenden Maßregelungen von Beamten, sei es wegen Zugehörigkeit zu dem bekannten Postassistentenverein, sei es aus politischen Gründen. So sei ein Postsekretär deshalb „im Interesse des Dienstes“ veretzt worden, weil er sich als Kandidat der antisemitischen Partei habe aufstellen lassen. Trotzdem es im vorigen Jahre bestritten worden sei und wohl heute wieder bestritten werde, scheine ihm in den Maßregelungen System zu liegen.

Dr. Schönlauck (S.) erkennt es als einen Fortschritt an, daß das Dienstalterssystem eingeführt werde, ferner, daß Erleichterungen im Dienst bei verschiedenen Berliner Postämtern eingetreten seien und daß man das Kollektivwesen beschränkt habe. Damit höre aber das Vortheilhafte des Bildes auf. Im Ganzen sei das oft getadelte System der Postverwaltung den Beamten gegenüber das alte geblieben. Das Verhältnis zwischen etatsmäßigen und außeretatsmäßigen Beamten sei noch immer sehr ungünstig. Die außeretatsmäßigen Beamten könnten jederzeit nach vierwöchentlicher Kündigung entlassen werden. Die vorjährige Resolution des Reichstages auf frühere Aufstellung der Beamten sei unerfüllt in den Papierkorb gewandert. Nicht minder berechtigt seien die Klagen über die Unzulänglichkeit des Wohnungsgeldzuschusses. Auf den Mißstand, der in der Art der Gewährung von Stellenzulagen seitens der Postverwaltung liege, wolle er heute nicht wieder eingehen. Nicht weniger ungerecht als bei ihm verfahren man bei den Ortszulagen, die nur höhere Beamte erhalten; für Postassistenten existieren sie gar nicht. Er komme jedoch auf die Wohnheim-Einrichtungen der Post. Am meisten werde die sogenannte Posthilfskasse erwähnt. Diese existiere aber nur für die Beamten, die sich in gesicherter Lebenslage befänden, d. h. angestellt seien. Dazu gelangten manche Unterbeamten erst nach 24 Jahren. Postillone, die ein ganzes Lebensalter Dienst gethan hatten, erhielten ein Ruhegehalt von durchschnittlich Mk. 123. Am bezeichnendsten für die Postverwaltung sei die vor ihr eingerichtete Spar- und Vorschußkasse. Die Sparen müßten sich oft ganz erhebliche Abzüge von ihrem Gehalte gefallen lassen. Vorschuße erhielten nur die höheren Postbeamten und zwar zu niedrigem Zinsfuß. Viele Klagen kamen auch an seine Partei-genossen über das Post-Bekleidungsamt; vielfach würden Kleidungsstücke aus nicht haltbaren Stoffe geliefert. Mit der Sonntagsruhe der Postbeamten stehe es noch sehr schlecht. Manche hätten jahraus, jahrein keinen Dienst, manche seien nur jeden siebenten Sonntag dienstfrei. In Berlin lasse sich schon viel Abhilfe schaffen, wenn man Sonntags nur die Hauptämter öffnete, die kleinen „Querschen“ aber, die nur Briefsendungen, aber keine Pakete annehmen, geschlossen hielte. Auch durch den Nachdienst entständen sehr große Mißstände; es komme vor, daß Beamte neunzehn und einundzwanzig Stunden hintereinander Dienst hätten. In 7 Tagen habe ein Beamter in Berlin 71 Stunden Dienst gehabt. Und die Leute, die so angestrengt würden, belege man bei jeder Gelegenheit mit Disziplinarstrafen, wenn sie einen Vorgefekten nicht vorchriftsmäßig grüßten, wenn sie keine Hefe an der Hofe hätten, oder wenn sie, der Vorchrift zuwider, beim Nachdienst sich Kaffee kochten. Suchen die Beamten sich durch Organisationen ihre Lage selbst zu bessern, so lege man ihnen allerlei Hindernisse in den Weg. In Baiern existirt eine Organisation der unteren Beamten, bei uns sieht man die Organisation in Privatbetrieben nicht gern, geschweige denn in staatlichen Betrieben, wo auch das System des Herrn v. Stumm Schule gemacht habe. Daher die Maßregelungen der dem Verbands angehörigen Postassistenten! Die Maßregelung erfolgt natürlich nicht offiziell, „das Interesse des Dienstes“ giebt da stets den Ausschlag, aber wie kommt es, daß in Bremen drei Postassistenten veretzt wurden, nachdem ihre Namen in der „Deutschen

Postzeitung“ veröffentlicht worden waren. Auf dem Bahnhofsamt in Halle hat der Direktor die Assistenten gefragt, ob sie dem Verbands angehören. (Hört, hört, links.) Was geht denn das die Postverwaltung an? (Sehr richtig, links.) Der Direktor sagte, er wolle nicht, daß sein Name in Reichstage genannt werden. Ich kann dem Manne den Gefallen nicht thun, sein Name ist Freyer. Im Juni v. J. sind nicht weniger als 16 Postassistenten veretzt worden. Das geht doch zu denken. Die soziale Lage der Posthilfsboten kann man am leichtesten aus dem Gerichtsstande der Zeitungen erkennen. Die schlechte Bezahlung dieser Beamtenkategorie macht es sozial begreiflich, daß die Beamten in die Verlesung gerathen, sich an fremdem Eigentum zu vergeifen. Es ist das sozial zu verstehen und die Richter verstehen es auch, denn sie billigen den Angeklagten durchweg mildernde Umstände zu. Ein mit 2,15 Mark pro Tag besoldeter Beamte hatte Beträge von 504 Mark unterschlagen und vor Gericht sagte der Postdirektor aus: der Mann sei ein Erbsenwahn, er habe sich Schillers Werke angeeignet. (Große Heiterkeit.) Von der Behandlung des Personals zu reden erübrige sich. Dafür spreche z. B. der bekannte Abtrittsfenster. Was vom Postamt W. 35 in Berlin. (Direktor Fischer ruft: „A! ja zur Klagenommen!“) Ja, er ist zur Klagenommen worden, nachdem ihn die „Berliner Postzeitung“ veröffentlicht hat. Der Entlass ist rüchlos (sächerlich) und sehr — bezeichnend. Weiter sprechen für die unwürdige Behandlung der Beamten die Uase, in denen ihnen bestimmte Kneipen zu besuchen verboten werden. Nebener erbrütet dann den anstrengenden Dienst in den Schnellzügen und bei der Berliner Straßenpost, auf die die Reichspostverwaltung sich mit Recht etwas einbildet. Die Postverwaltung wolle sich ein Verbot erwerben, wolle sie den Postunterbeamten Gelegenheit geben, vorwärts zu kommen. Aber bei der jetzt herrschenden Anjaugung bis auf den letzten Blutstropfen sei das nicht möglich. Die Dienstzeit bleibe jetzt bis zum 21. Lebensjahre außer Berechnung, er empfehle die Altersgrenze. In einer Broschüre von Bieth, der selbst Postbeamter war, werden die sozialen Zustände der Postunterbeamten und ihre Klagen sehr treffend geschildert. Die Broschüre ist erst jüngst erschienen, dürfte aber der Postverwaltung wohl bekannt sein. Ich meine, wenn Sie nicht bald dafür sorgen, daß die Postunterbeamten anständig salarirt werden und die nötige Bewegungsfreiheit erhalten, dann wird die Unzufriedenheit immer mehr um sich greifen, so, daß Sie ihrer nicht mehr Herr werden können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer will nicht auf alle von den beiden Vordrängern vorgebrachten Einzelheiten eingehen, verwahrt sich aber gegen die Deutung, daß das, was er nicht erwähne, nicht zu widerlegen sei. Vollständig falsch sei das Ziel der Sozialpolitik der Postverwaltung dargestellt worden. Herr Schönlauck sehe durch eine zu schwarze Brille und er sehe die ihm zugesandten Zuschriften doch etwas zu kritisch an. Nicht alle Klagen seien ohne Weiteres berechtigt. Wenn Dr. Förster sich z. B. über die Nichtanrechnung des Probejahres der Militärämter beschwerte, so verfolge er doch, daß denselben auch mancherlei Erleichterungen zuständen. Sie hätten außer dem Gehalt von ihrem Truppendienst Unterhaltungen erhalten und bekämen nach Ableistung des Probejahres sofort ein festes Gehalt. Dr. Schönlauck habe behauptet, das Verhältnis der etatsmäßigen zu den außeretatsmäßigen Stellen habe sich nicht gebessert. Das Gegenteil sei der Fall. Seit dem Beginn der Sozialpolitik des Herrn v. Stephan seien in jedem Jahre circa 2500 neue etatsmäßige Stellen geschaffen und besetzt worden. Im Ganzen seien 15000 neue etatsmäßige Stellen geschaffen worden. Das sei doch ein bemerkenswerther Fortschritt und die Postverwaltung werde dabei nicht stehen bleiben, sondern ihr Verständnis für die soziale Lage ihrer Beamten auch weiterhin betätigen. (Beifall rechts.) Eine genaue Statistik der unfindbaren und kündbaren Beamten existire aber nicht, aber er habe schon im vorigen Jahre gesagt, daß bei Kündigung von Beamten stets Recht und Gerechtigkeit walte; alle Garantien dafür seien gegeben. Daß die Postverwaltung es nicht gern sehe, wenn junge Beamte von 20 Jahren, denen sozusagen die Ohren noch nicht trocken geworden seien, heiratheten, sei selbstverständlich; sie hindere sie aber nicht am Heirathen, sondern rathe ihnen nur davon ab. Daß Abgeordneter Schönlauck die Wohnheim-Einrichtungen der Postverwaltung herabzusetzen suche, sei ihm erklärlich. Die Spar- und Vorschußkasse wolle durchaus wohlthätig und sei von großem Segen für die Beamten, sonst hätte sie nicht ein Kapital von 27 Millionen anammeln können. Mit den Vorschußen dürfe man allerdings nicht so verfahren, daß der Leichtsinn gefördert werde. Aber es sei doch so viel erreicht worden, daß die Veruntreuungen amtlicher Gelder durch Unterbeamte in ihrer Zahl erheblich heruntergegangen seien. Die gegentheiligen Angaben des Herrn Schönlauck weise er zurück.

Darauf wird die Weiterberathung auf Dienstag, 1 Uhr, verlagert.
Schluß 6¹/₂ Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Im Reichstage wurden gestern zunächst zwei Resolutionen zum Militärretat erledigt, die am Freitag an die Budgetkommission zurückgewiesen waren. Die erste Resolution, die des Zentrumsabg. Schäbler auf Verabreichung warmer Abendkost an die Soldaten, ist durch einen Zusatz dort so verstümmelt worden, daß unsere jungen Leute im bunten Rock noch lange werden warten können, bis ihnen die notwendige Verbesserung ihrer Nahrung zu Theil wird. Aus diesem Grunde stimmte unsere Fraktion auch gegen den Kommissionsantrag. Die Boddelskische Resolution, die für die Quartiergeber Entschädigung verlangt, wurde unverändert genehmigt. — Dann kam der Postetat an die Reihe. Die Debatten glichen ganz den vorjährigen. Herr von Stephan ist nach wie vor taub für alle Reformvorschlüge, mögen sie nun von freisinniger, antisemitischer oder sozialdemokratischer Seite laut werden, der Postassistentenverein wird nach wie vor „liebvoll behandelt“, und von sozialen Mißständen ist im Reiche der deutschen Postverwaltung keine Rede. Das versichert uns wenigstens nach wie vor Herr Fischer, Direktor im Reichspostamt, Unterstaatssekretär in spee und gegenwärtig rechte Hand und Stütze des alt gewordenen und kranken Generalpostmeisters. Mit ätzender Schärfe kritisirte Gen. Schönlauck an der Hand eines reichen Materials die zahlreichen Mißstände in der Postverwaltung. Die Ermüdung, die ihm wurde, war materiell ebenso unzureichend, wie im Vorjahre. Heute wird die Debatte fortgesetzt.

Die Justizkommission des Reichstages setzte gestern die Berathung der Novelle zur Strafprozessordnung fort. Zunächst wurde die Frage des Gerichtsstandes für die Presse erledigt. Wie erinnertlich, lagen hier Anträge der Abg. Muncel und Lenmann vor und hatte die Kommission eine Subkommission gewählt, welche unter Theilnahme von Regierungskommissaren berathen hat und der Kommission nunmehr vorschlägt, den § 7 der Strafprozessordnung

folgenden neuen Absatz anzufügen: „Bildet der Inhalt einer im Inlande erscheinenden periodischen Druckschriften den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist, soweit die Verantwortlichkeit des Verfassers, Herausgebers, Redakteurs, Verlegers und Druckers in Frage steht, der Gerichtsstand der begangenen That nur bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirke die Druckschrift erschienen ist. Die Fälle der Verfolgung im Wege der Privatklage, soweit diejenigen, in denen die strafbare Handlung in der selbstständigen Verbreitung der Druckschrift besteht, werden durch diese Vorschrift nicht berührt.“ Die Kommission nahm den Antrag in dieser Fassung nach kurzer Berathung einstimmig an. Sodann wurde auf Antrag des Abg. von Vollmar folgender neue § 55a in die Strafprozessordnung aufgenommen. Wird der Inhalt einer Strafverfolgung durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift gebildet, für welche nach § 20, Absatz 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, so sind Verleger, Redakteure und Drucker, sowie deren zur Herstellung der Druckschrift verwendetes Hilfspersonal berechtigt, das Zeugniß über die Person des Verfassers und des Einsenders zu verweigern.“

Auf eine neue Ständesitzung im Reichstage wird von konservativ-antisemitischer Seite zum 1. April vorbereitet, dem Tage, an dem die Familie Bismarck den 80. Geburtstag ihres ältesten Mitgliedes feiert, ein privates Vorkommniß, das von kartellistisch-antisemitischer Seite durchaus zu einem Partei-Manöver gemißbraucht werden soll. In einem süddeutschen Bismarck-Organ heißt es in dem diesen Blättern eigenen „patriotischen“ Styl:

„Zahlreiche patriotische Mitglieder des Reichstages, die für die Größe des historischen Moments und die nationale Bedeutung (!) des 1. April 1895 das richtige Gefühl (!) haben, sind entschlossen, der Bedeutung des Tages auch im deutschen Reichstage gerecht zu werden und selbst nicht vor dem traurigen Gespenst „eines Skandals“ zurückzuschrecken. Aus diesen männlichen Kreisen (!) verlautet, daß sie sich abermals an den Präsidenten gewandt haben, der dann auch seine Zustimmung gegeben hat. So steht zu hoffen, daß in der Sitzung vom Sonnabend, den 31. März, der deutsche Reichstag auch der unsterblichen Verdienste des Fürsten Bismarck (!) gedenken wird. Ein konservativer Abgeordneter gab deutlich zu verstehen, daß, falls eine Kundgebung des Präsidiums nicht ermöglicht werden könnte, sie aus der Mitte des Hauses heraus erfolgen wird. Ehre dem deutschen Mann, der diese patriotische Pflicht (!) erfüllen würde!“

Der Name des „patriotischen“ neu-modischen Winkelried, der am 31. März — welcher zufällig der Geburtstag des Reichskanzlers ist — mit Rücksicht auf den 1. April „der Bismarckerei eine Gasse“ rennen will, wird leider der Mittelwelt vorenthalten. Inzwischen wird auf die Köpfe der ehrigsten Bismarck-Enthusiasten von Friedrichruh aus ein kräftiger kalter Wasserstrahl losgelassen. In Friedrichruh ist man zu sehr „Realpolitiker“, (Politiker, der mit Thatsachen rechnet), um nicht zu begreifen, daß ein Fiasco des kartellistisch-antisemitischen Geburtstags Hurrahs im deutschen Reichstage zur Erhöhung der Familienfeier wenig beitragen würde. Die „Hamburger Nachrichten“ winkten mit folgender Mahnung vor dem Abplücken der sauren Trauben ab: „Wir würden es nicht als einen dem Fürsten Bismarck geleisteten Dienst ansehen können, wenn Ovationen für ihn da beantragt werden, wo eine ablehnende Aufnahme des Antrages außer Zweifel steht. Daß von der Majorität des Reichstages eine Ablehnung derartiger Anregungen, wenn sie erfolgten, zu erwarten ist, halten wir für zweifellos. In der Mehrheit des Reichstages herrscht heute die analoge Richtung wie zu jener Zeit, wo der vom Reichskanzler geforderte Ministerial-Direktor abgelehnt wurde; die Gegner der vom Fürsten Bismarck betriebenen Politik haben heute wie damals die Mehrheit.“

Nach diesem deutlichen Fingerspiel wird es sich Herr von Levetzow wohl noch vierundzwanzig Stunden überlegen, ob er es auf den von konservativ-antisemitischer Seite „nicht gefürchteten“ Standal am 31. März ankommen lassen will.

Die Aeußerung des Kaisers auf dem Brandenburger Landtage über den Antrag Kanitz hat nach der „Germania“ gelautet: „Sie können mir nicht zumuthen, daß ich Getreidewucher treibe.“

Unterem neuesten Kurs. Im Monat Februar wurde nach Aufzeichnung des Parteivorstandes, insgesamt erlauft auf: 3618 Mark Geld- und 13 Jahre 6 Monate 3 Wochen und 1 Tag Gefängnißstrafe.

Ueber Antisemitismus bei der Militäraushebung berichtet der „Halberst. Gen.-Anz.“ aus Halberstadt: Der untersuchende Stabsarzt soll antisemitische Ausdrücke gegen die jüdischen Bestimmungspflichtigen gebraucht haben und zwar in Gegenwart des Oberbürgermeisters von Halberstadt. Die jüdische Gemeinde in Halberstadt hat in dieser Sache bereits eine Beschwerde an das Kriegsministerium gefandt.

Aus Enger bei Bünde schreibt man der „Freis. Z.“, daß im Hinblick auf die Tabaksteuervorlage bereits bedingungsweise Kündigungen der Arbeiter durch die Fabrikanten erfolgt sind. In Enger, ein Städtchen von 2500 Einwohnern, in welchem die Existenz der Kaufleute und Handwerker durch die Arbeiter gegeben sind, ist seit einigen Tagen von sämtlichen Fabrikanten den Arbeitern gekündigt, falls § 1 und 5 der Vorlage Gesetz wird.

Die kleineren Betriebe müßten nach Annahme der Tabaksteuer vorlage sofort eingehen, während die kapitalkräftigeren Firmen ein Risiko angeht der sehr zweifelhaften und nicht absehbaren Gestaltung der Zigarrenfabrikation nicht übernehmen wollen. An einem Tage würden also alle Arbeiter brotlos werden. Weiter wird geschrieben, daß in Folge des schlechten Geschäftsganges, der durch die fortgesetzte Demurrirung der Tabakindustrie hervorgerufen ist, die Zigarrenfabriken sich schon jetzt genöthigt gesehen haben, ihre Arbeiter nur halbe Tage arbeiten zu lassen. Die Arbeiter sind truppenweise vor das Amt marschirt mit der Bitte, gegenüber der ihnen drohenden Gefahr der Entlassung bei der Regierung vorstellig zu werden.

Die Angst vor der Sozialdemokratie hat die anhaltische Regierung veranlaßt, dem gegenwärtig tagenden Landtag eine Abänderung des Wahlgesetzes zum Landtag vorzuschlagen, der den größten Theil der Arbeiter des Wahlrechts berauben würde. Heute werden von den 36 Vertretern des Landtags 24 durch indirekte Wahlen gewählt, bei denen jeder 25jährige unbescholtene Anhaltiner stimmberchtig ist. Die Regierung schlägt nun vor, den § 7 des Wahlgesetzes dahin abzuändern, daß zu den Wahlen der Städte und des platten Landes, die eben jene 24 Vertreter stellen, nur wahlberechtigt sein soll, wer die Befähigung zu den Gemeindevahlen nach §§ 52 bezw. 110 der Gemeindeordnung hat und seit 6 Monaten innerhalb des Wahlbezirks wohnt. Bedeutet schon die letztere Bestimmung eine Einschränkung des Wahlrechts, so gilt dies noch vielmehr hinsichtlich des ersten Satzes, der das Wahlrecht zum Landtag abhängig macht von der Befähigung zu den Gemeindevahlen. Zu diesen ist nur berechtigt, wer mindestens 30 Pfennige Einkommensteuer pro Einheit bezahlt, d. h. ein Einkommen von mindestens 1050 Mark hat, oder mit 45 Pfennigen zur Grundsteuer eingeschätzt ist. Damit würde das Wahlrecht der Arbeiter in die Hände der Besitzenden gespielt, denn in Anhalt sind Löhne über 1000 Mark Ausnahmen. Wird der Regierungsvorschlag Gesetz, und bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtags ist daran nicht zu zweifeln, so ist den Arbeitern jede Aussicht einer Vertretung im Landtage, die bisher trotz der Einrichtung der indirekten Wahlen vorhanden war, benommen. Trotz dieser Entrechtung der besitzlosen Klasse wird sich aber auch in Anhalt die Sozialdemokratie durch die Wucht der ökonomischen Thatsachen Gehör verschaffen.

Die öffentliche Meinung, sie ist doch kein leerer Wahn! Der mit der Schwedter Versicherungs-Gesellschaft mit den erzbischöflichen Schulen in Posen und Gnesen abgeschlossene Feuerversicherungs-Vertrag ist der „Posener Zeitung“ zufolge auf die Veranlassung des Erzbischofs Stabrowski von beiden Theilen aufgehoben worden. — Dem Drucke der öffentlichen Meinung hat sich der Erzbischof, der mit der Versicherung ein „Geschäftchen“ machen wollte, doch nicht entziehen können.

Was macht der Umsturz? Diese Frage wird auch durch den Fall Thöner wieder angeregt, jenes Rekruten, der sich, wie wir vor einigen Tagen berichteten, als Mennonit standhaft weigerte, das Gewehr auf die Schulter zu nehmen und der für diese Bekundung seiner religiösen Ueberzeugung jetzt schon zum zweiten Male bestraft werden soll. Seine Religionsanschauung verbietet dem Manne das Tragen von Waffen, durch die er in die Verlegenheit kommen könnte, Menschenblut vergießen zu müssen. Dieser Glaubenssatz der Mennoniten ist allgemein bekannt; hatte doch schon König Wilhelm I. in einer Kabinettsordre vom März 1868 bestimmt, daß ihr Rechnung getragen werden solle. Nur wer sich freiwillig dazu melde, sollte zum Dienst mit der Waffe herangezogen werden, während die anderen Mennoniten als Oekonomiehandwerker, zum Train oder sonst zu einem Dienste ohne Waffe Verwendung finden sollten. Und trotz dieser Kabinettsordre zwingt man jetzt den armen Soldaten, gegen seinen Glauben, gegen seine Ueberzeugung zu handeln. Wie reimt sich das mit dem Kampf für Ordnung, Religion und Sitte zusammen? Der Sozialdemokratie, die ohne jegliche Zwangsmittel, einzig durch den Vortrag ihrer erhabenen Lehre ihre Millionen Anhänger geworden hat, macht man den Vorwurf, daß sie die religiösen Gefühle anderer mißachte und verlege. Und der Militarismus, diese sicherste Stütze der angeblich von der Sozialdemokratie im Bunde mit der Wissenschaft bedrängten Religion? Nun, der Militarismus braucht Gewalt, wenn die Religion mit seinen Interessen in Zwiespalt geräth und das in einem Fall, wo es anscheinend gar nicht nöthig wäre, Zwangsmittel anzuwenden. Wie reimt sich das mit dem Kampf für Ordnung, Religion und Sitte zusammen, wie verträgt sich das mit dem Umsturz, der zum Spott der gebildeten Welt nunmehr die Erbin der heutigen Gesellschaft, die Sozialdemokratie, „zerschmettern“ soll?

Börne und die Umsturzvorlage. Zu den deutschen Dichtern, Schriftstellern, Künstlern, Gelehrten, welche jetzt gegen die Umsturzvorlage protestiren, gesellt sich auch Ludwig Börne, der — beiläufig vor sechzig Jahren — schon das treffendste Urtheil über die Vorlage gefällt hat. Bekanntlich ist von Seiten der Regierung, speziell von den Niederding und Köller, zur Begründung der Vorlage ein ungeheures Material aus — Frankreich, Rußland u. c. beigebracht worden. Es ist richtig; in Frankreich ist Carnot einem anarchischen Attentat erlegen; der Russe Krapotkin hat vor Jahrzehnten anarchische Flugchriften, die der Minister verlesen hat, verfaßt; auch in Spanien und Italien hat man von „anarchischen“ Anschlägen gehört. Nur in Deutschland ist nichts dergleichen passiert; darum macht man bei uns dagegen eine Gesetzes-Vorlage. Daher sagt Börne mit Recht: „Vor der Revolution war es am

französischen Hofe Sitte, daß gemeinschaftlich mit den königlichen Prinzen ein bürgerliches Kind erzogen wurde, das, so oft der junge Prinz sich verging, statt seiner gezüchtigt wurde. Eine ähnliche bürgerliche Bestimmung hat das deutsche Volk. Wenn die Franzosen, wenn die Spanier und Portugiesen, wenn die Russen sich unartig betragen, bekommen die armen deutschen Kinder Ohrfeigen; es ist gar zu betrübt; wir müssen machen, daß wir groß werden.“ Sechzig Jahre sind seitdem verflossen; aber wir Deutschen stecken noch immer in den Kinderschuhen und haben noch immer unsere Kinderkrankheiten.

Ueber die Aussichten der Umsturzvorlage giebt eine Aeußerung der „Köln. Volksztg.“ aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums Aufschluß. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: „Voraussichtlich werde sich in der 2. Lesung eine Mehrheit für die etwas veränderten konservativen Anträge finden.“ — Das heißt also, Zentrum und Konservative werden die Vorlage in der von den Konservativen abgeänderten Form durchdrücken. Abieudann, Zentrum, Deine Rolle als „Volks“partei ist ausgespielt!

Das Zentrum fängt an, von der Regierung die Quittung zu verlangen. Es hat im Abgeordnetenhaus folgenden Antrag eingebracht:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Einzigster Artikel:

Die durch die Gesetze vom 5. April 1873 (Gesetzsammlung S. 143) und 18. Juni 1875 (Gesetzsammlung S. 259) abgeänderten bezw. aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetzsammlung S. 17) werden in der ursprünglichen Fassung:

Art. 15. Die evangelische und römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Art. 16. Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welche alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht, und nicht auf dem Patronate oder besonderen Rechten beruht, aufgehoben.

Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

wieder hergestellt.

Urkundlich u. c.

So, nun kann die do ut des Politik, der Schacher losgehen.

Ein König von Siam über den Umsturz. Während in deutschen Landen die „schwarzen Flaggen“ bemüht sind, dem gefährlichen Treiben der Wissenschaft Halt zu bieten und das Schauspiel des zum Abschwur gezwungenen Galilei modernisirt zu erneuern. Während in deutschen Parlamenten finstere Römlinge der Welt verkünden, was so ein Häckel abscheuliches geschrieben, oder so ein Darwin gelehrt hat, man denke, lauter Dinge, die nicht nur in der Bibel vergeblich gesucht werden, sondern sich gar gegen die Lehren dieses Buches wenden, und diese mit dem sündhaften Triebe einer gottlosen Wissenschaft ganz umstürzen, — gab es in anderen Ländern, die von der europäischen Kultur noch wenig „belehrt“ sind, Menschenkinder selbst auf Fürstenthronen, die zu ganz entgegengelegten Resultaten gekommen sind, als ein Theil der um Sitte und Ordnung so sehr bemühten Vertreter des deutschen Dentervolkes. Ein Engländer, Namens John Bowring, berichtet uns in seinem bereits 1857 erschienenen Buche „The Kingdom and People of Siam“ (Das Königthum und das Volk auf Siam) von einem philosophischen König dieses Landes, einen höchst aufgeklärten Fürsten Namens Mongkut, der gelegentlich einer Aeußerung über die Wirksamkeit der christlichen Missionare in seinem Lande folgendes gesagt hat: „Die christliche Religion mag für die christlichen Völker passen, nicht für uns. Ich habe in den buddhistischen Büchern alles verworfen, was den Gesetzen, welche die Welt regieren, zuwiderläuft. Die Bibel aber enthält Lehren, die sich mit den Forschungsergebnissen der neueren Naturwissenschaften nicht in Einklang bringen lassen. Aus dem Lichte der Erkenntniß der Gegenwart kann ich nicht in die Dunkelheit und Unwissenheit der Vergangenheit tauchen. Diese Aussage ist niedergelegt in der Zeitschrift „Globe“ Band XVII S. 282 und von Hellwald in seiner Kulturgeschichte zitiert. Es ist ein beschämender Anblick, die Worte eines deutschen Volksvertreters in Gegensatz zu diesen lichtvollen Worten eines barbarischen Fürsten setzen zu müssen, der diese Aeußerung zu einer Zeit gethan, als Darwin sein weltbewegendes Werk noch nicht geschrieben hatte, denn dieses erschien erst 1859.

Ein neues Zeugniß für die Berechtigung der Arbeiterforderungen. In der „Münchener med. Wochenchrift“ wird die Thatsache erwähnt, daß in den Spiegelbergen in Fürth seit anderthalb Jahren kein Fall von Mercurialismus (Quecksilbervergiftung) vorgekommen sei. Die Thatsache erscheint in noch viel günstigerem Lichte, wenn berücksichtigt wird, daß gegenwärtig meist Arbeiter beschäftigt werden, welche bereits seit längerer Zeit — bis

zu dreißig Jahren — in den Belegen arbeiten. Wollner, der die Angelegenheit untersucht hat, giebt darüber in obengenannter Zeitschrift sehr interessante Aufschlüsse. Danach liegt das plötzliche Verschwinden der Erkrankungsfälle nur zum Theil an den seit 1885 eingeführten sanitären Vorschriften. Genaue Untersuchungen zeigten, daß die größte Zahl der Erkrankungen an Mercurialismus in den früheren Jahren aus den großen Betrieben stammten, welche für den Export arbeiteten. Die sanitären Einrichtungen waren in diesen Belegen durchaus nicht schlechter als in anderen, im Gegentheil, sie waren sogar die besten; aber die Arbeiter daselbst waren die schlechtest bezahlten, herabgekommenen Individuen, die das Bestreben hatten, durch möglichst lange Arbeit ein hinlängliches Auskommen zu finden. Diese großen Fabriken arbeiten jetzt nicht mehr mit Quecksilber, sondern mit Silber, während in kleineren Werkstätten, wo oft nur 1 bis 2 Arbeiter angestellt sind, noch immer mit Quecksilber gearbeitet wird. In diesen ist aber die Arbeit eine so pressante, die Arbeitszeit eine kurze, sechs Stunden pro Tag, dabei die Bezahlung eine relativ gute. Die Arbeiter sind also im Stande, bei geringerer Arbeitszeit sich besser zu ernähren. Wollner kommt zum Schluß: „Wenn nun der Mercurialismus zunächst wenigstens für 1 1/2 Jahre verschwunden ist, seitdem die Belege aufgehört haben, in welchen die höchste Arbeitszeit und die schlechteste Bezahlung durchgeführt war, so ist doch wohl ohne Zwang der Rückschluß erlaubt, daß von allen Maßregeln zum Schutze der Arbeiter keine mehr Beachtung verdient, als kurze Arbeitszeit und gute Bezahlung. Damit soll nicht gesagt sein, daß die anderen Vorschriften überflüssig sind, aber es ist doch zweifelhaft, daß sie einen großen Erfolg haben werden, ohne kurze und gut bezahlte Arbeit.“ — Diesem sachmännischen Urtheile einer Autorität auf hygienischem Gebiete haben wir nichts hinzuzufügen. In der That werden alle Arbeiterschutzmaßregeln unwirksam bleiben, wenn man nicht für die Grundbedingung einer besseren Lebenshaltung der Arbeiter sorgt: Auskömmliche Löhne und kürzere Arbeitszeit!

Die Reichslande scheinen eine Altersversorgungsanstalt für Reichsbeamte zu sein. Ein gewisser Graf Marogna war nach 1871 zwei oder drei Jahre lang Landgerichtsrath in Mülhausen gewesen, hatte aber dann seinen Abschied aus der elsäß-lothringischen Verwaltung genommen, um als Richter bei den internationalen Gerichten in Kairo in die Reichsdienste zu treten. Das Elsaß vergaß der Herr Graf in Aegypten ganz und erinnerte sich seiner erst, als er entdeckte, daß seine Stellung ihm keinen Anspruch auf Pensionierung gewährte. . . Im letzten Jahre erfuhr man nämlich am Oberlandesgericht in Colmar die Ernennung dieses Herrn zum Oberlandesgerichtsrath, zugleich aber auch, daß er einen dreimonatlichen Urlaub erhalten habe. Nach Ablauf dieser drei Monate wurde der Herr Graf pensioniert mit dem Ruhegehalt eines Oberlandesgerichtsraths. Vom Grafen Marogna hat man in Colmar nie die Spur gesehen. Die elsäß-lothringische Regierung hat also einen Beamten in ihre Dienste aufgenommen, bloß um ihm ein Ruhegehalt aus der Landeskasse zuzuwenden. Die Sache soll, wie wir hören, im Landesauschuß zur Sprache gebracht werden. Da muß es doch wirklich himmelschreiend sein, wenn der sich darum kümmert.

Lübeck und Umgegend.

12. März.

Körungs-Kommission. Der Senat hat auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 1876 zu Mitgliedern der Körungs-Kommission den Privatier H. Wibel hieselbst, den Privatier R. F. W. Bülle hieselbst und den Landwirth A. F. Freytag zu Carlsdorf, zu Stellvertretern den Privatier P. Chr. Krüger hieselbst und den Erbpächter Chr. Fr. Untermann zu Krampelsdorf für die Jahre 1895 bis 1898 erwählt und dem Privatier H. Wibel den Vorsitz in der Kommission übertragen.

Berlesene Testamente. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts sind verlesen worden: 1. das Testament des hieselbst verstorbenen Schiffskapitäns J. G. Raft en vom 24. Juni 1864; 2. das Testament der hieselbst verstorbenen Wittve des Arbeitsmanns J. H. W. Rautenkranz, Johanna Leonore geb. Boh vom 7. März 1884; 3. das Testament der hieselbst verstorbenen Sprachlehrerin J. C. W. Amann vom 30. Juni 1892.

Eintragung in das Handelsregister. Am 11. März 1895 ist eingetragen: auf Blatt 1826 die Firma J. H. Schwang. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Johannes Heinrich Schwang, Kaufmann in Lübeck.

Die mündliche Aufnahmeprüfung am Schullehrer-Seminar beginnt am Montag den 18. März d. J. um 2 1/2 Uhr. Sämmtliche Bewerber haben sich alsdann in der 2. Knaben-Mittelschule am Dom, Eingang Nr. 3, einzufinden.

Der hiesige Spar- und Vorschuß-Verein zahlt eine Dividende von 10 pCt. In den Vorstand wurden wiedergewählt H. Grabener, Carl Meyer, J. Rahtgens und Rudolf Möller. Zum Revisor wurde J. P. H. Schering erwählt.

Dem Museum für Völkertunde wurde von Seiten des Kapitäns J. Jaeger (D. Bellona) eine große chinesische Fahne mit der Inschrift (chinesisch) „für Menschlichkeit viel Glück und Segen“ als Geschenk überwiesen. Die Fahne wurde dem Kapitain von der chinesischen Regierung verliehen, weil er, nach der „E. B.“, die Passagiere des gestrandeten Dampfers „Nanking“ sechs Europäer und 31 Chinesen, nachdem sie 26 Stunden in ihren Bötten zugebracht hatten, im chinesischen Meere aufgenommen hatte. Die Fahne ist also eine chinesische „Rettungsmedaille.“

Stadttheater. Fräulein A. Wehl hat am nächsten Donnerstag ihr Benefiz. Zur Aufführung gelangt: „Der Postillon von Lonjumeau“, sowie „Die Nürnberger Puppe“.

Gestohlen wurden einem Zimmermann in der Kleinen Burgstraße in voriger Woche von der Hausdiele eine fast neue Handsäge und eine Raubank.

Warnung vor Schwindel. Das Polizeipräsidium in Berlin warnt wie folgt vor einem angeblichen Heilmittel: „Von dem Besitzer der Apotheke „Zum goldenen Adler“ hier, S., Alexandrinenstraße 41, Ludwig Krohn, wird neuerdings unter dem Namen Ludwig Krohn's Epilepsiepulver ein Heilmittel gegen Krämpfe angepriesen und zum Preise von 3 Mark vertrieben, das nach der chemischen Untersuchung aus gepulverten Wurzeln, Rinden und Blättern von Pflanzen besteht, die eine spezifische Heilkraft gegen Fallsucht nicht haben. Das Publikum wird vor dem Ankauf dieses Mittels gewarnt.“

Ueber die Bezahlung der Kassierer von Lotterie-Kollektoren schreibt man uns — aus Anlaß unserer Artikel über das Lotteriewesen — aus unserem Leserkreis: „Die Kassierer erhalten wöchentlich 15, 18 auch 20 Mark. Dafür müssen die Armen stets anständig gekleidet gehen und von Morgens 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags bis Mittag auf den Beinen sein. Häufig werden sie noch 2-3 Stunden über Land geschickt. Wie viel da noch an Wochenlohn übrig bleibt, kann man sich leicht denken. Sodann brauchen sie allein mindestens 5-7 Mark pro Woche, als Kosten für unterwegs. Die Summe richtet sich, je nachdem man Wirthe zu finden hat oder nicht. Daß es da für Manche schwer fällt, ehrlich zu bleiben, ist leicht verständlich. Es ist dann noch die Zahlung einer Art Prämie üblich, indem es für jedes vertriebene Loos 30 Pfg. giebt. Hier ist jedoch wieder die Klausel dabei, daß diese 30 Pfg. nur dann ausbezahlt werden, wenn sämtliche sechs oder sieben Klassen durchgespielt werden. Hält also ein Spieler während der Ziehungsperiode auf zu spielen, so sind die 30 Pfg. für den betreffenden Kassierer verloren und fallen dem betreffenden Kollektor zu. Man sieht an dem oben Geschilderten, daß sich die Kassierer der Lotterie-Kollektoren eben so schwer ihre Großen verdienen müssen wie die übrigen Proletarier, daß auch hier eine Ausbeutung derselben durch das Kapital stattfindet, ebenso wie auf allen anderen Gebieten des Erwerbslebens.“

Cutin. Hier wird im Anfang November d. J. ein Technikum (Hauschule mit Praktikum) eröffnet. Zum Direktor der neuen Anstalt ist der hier lange Jahre thätig gewesene Architekt Albert Klücher von der Schulkommission des Technikums gewählt.

Oldeesloe. Sonntag Nachmittag brannte der Viehstall des Gastwirths und Fuhrwerksbesizers Wilken vollständig nieder. Das Vieh und mehrere Wagen wurden gerettet.

Hadersleben (Nordschleswig.) Bismarckrummel. In der Sitzung des Gemeinderaths am Donnerstag wurde über einen Antrag des Oberlehrers Macke, den 80jährigen Geburtstag Bismarcks festlich zu begehen, verhandelt. In der Begründung seines Antrages suchte der Bismarck-Berehrer nachzuweisen, daß es namentlich für Nordschleswig ein simpler Akt der Dankbarkeit (?) sei, den Geburtstag geräuschvoll zu begehen. Er schlug deshalb vor, Bismarck zum Ehrenbürger der Stadt zu ernennen. Für Hadersleben würde diese „That“ eine große Ehre bedeuten. Von hieraus müßten des weiteren Schritte gethan werden, um anderen Ortschaften der Nordmark zu

veranlassen, diesem Beispiel zu folgen. Bezeichnend ist es, daß kein einziger der anwesenden Gemeindevertreter weder für noch gegen den Antrag das Wort ergriff. Ohne eine eigentliche Abstimmung wurden sämtliche Vorschläge des Herrn Macke stillschweigend angenommen. Es wurden dann ca. 200 Mark aus der Stadtkasse für den Bismarckrummel bewilligt, und sofort ein dreigliedriges Komitee gewählt, um die Vorbereitungen zu dem Arrangement zu treffen. Uns kann es ganz schmunzeln bleiben, ob die Herren eine solche Sympathiebezeugung für nöthig erachten; aber schmunzeln kann uns es nicht sein, daß die Kosten hierzu der Stadtkasse entnommen werden. Es giebt doch zu bedenken, daß die Gelber der Stadtkasse von dem größten Theil der Bewohner mühsam aufgebracht werden. Wollen die Leutchen ihre Sympathie für Ehren-Bismarck, Sedanfeier und anderen patriotischen Klümpchen durchaus kundgeben, so mögen sie gefälligst in ihre eigene Tasche greifen. Gegen die Verwendung der Stadtkassengelder zu derartigen Zwecken müssen wir energisch protestiren! Worin die Ursache der Dankbarkeit bestehen soll, ist uns unerfindlich. Etwa in der Pöhl- und Steuerpolitik? Der Knute des 12 Jahre bestehenden Ausnahmegesetzes? In der Rechtslosmachung des arbeitenden Volkes unter Bismarcks Regime? Nun, die Gewaltpolitik des Millionär-Büchters ist bekannt, und wird sich der Leser die Antwort selbst geben. Hier wie überall: Arbeiter! wacht auf aus Eurer Ungültigkeit.

Pardim. Der Banktrach fordert seine Opfer. Der Bankdirektor Ehlers und der Kaufmann Klöhn in Triebsee wurden verhaftet.

Kleinen. Wir fahren so gemüthlich auf der Eisenbahn. Manchmal ist es aber auch höchst ungemüthlich, zumal wenn das Dampfroß störrisch wird und die Karre im Sande stecken läßt. Diesen höchst unangenehmen Fall mußten die Passagiere, welche am Sonntag mit dem letzten Zuge von Lübeck kamen, durchmachen. Auf dem hiesigen Bahnhofe spannte nämlich die Maschine des Zuges aus. Trotz allen Anstrengungen war sie nicht zu veranlassen, sich in Bewegung zu setzen. Aus dem Schornsteine heraus pustete sie Feuermassen, im Sonstigen fühlte sie kein Bedürfnis, die Reisenden fortzuschaffen. Guter Rath war nun theuer. Da das störrische Dampfroß durchaus nicht fortzukriegen war, mußte erst eine neue Maschine aus Lübeck requirirt werden, die dann die Fahrt fortsetzen konnte. Die alte Maschine blieb auf dem hiesigen Bahnhofe zurück.

Lübecker Stadttheater.

Hamlet von Shakespeare. Ein klassisches Stück, noch dazu am Sonnabend und drückend voll das Haus — von leeren Plätzen? Das ist beschämend! Wenn nicht einmal Shakespeares unergründlicher Hamlet das Haus zu füllen vermag, so — „schweigen eben alle Plätzen.“ Sich nun über Hamlet hier im Rahmen einer Rezension auszulassen, wäre geradezu vermessend. Die Gedankenfülle in

Hamlet ist so groß und unsere Kraft, mit wenigen Worten hier alles auf Papier zu bannen, zu gering. Hamlet läßt sich mit wenigen Worten sich abthun. Er will von jedem selbst gelesen, gesehen und studirt sein. Es verbleibt uns daher nur, über die Leistungen des Künstlers zu referiren. Mit Nothwendigkeit ist da der Le Seur (Hamlet) als erster zu nennen. Paden's Naturwahrheit und psychologische Feinheit brachte der Le Seur für seinen Hamlet mit und in diesen beiden Zeichen mußte er siegen, und er hat gesiegt. Da wurde „keine Leidenschaft in Fesseln zerrissen.“ Geberde war dem Wort, das Wort der Geberde angepaßt. Nicht minder gut in seiner Art war der Claudius des Herrn Schönbberger. Die blutdürstigen Könige gelingen ihm immer. Fr. Gottschall als Gertrude, Königin, flaute etwa sehr ab gegen sonst. Sie lieferte nur eine „Theater-Königin.“ Es ist brutal von ihm, ein so kapitaler Kalb unzubringen“, sagt zwar Hamlet zu Polonius. Diese zufällige Namensgleichheit aber, sollte doch nicht gleich Herrn Deutschmann (Polonius) veranlaßt haben, soviel an den Hofmarschall Kalb in „Kabale und Liebe“ zu denken. Sein Polonius war total verzeichnet, in ihm floß „Kalbs“blut. Was nützen da alle schönen Lehren Hamlet's an die „Schauspieler.“ Mit einem Wort: Herr Deutschmann's Polonius war zu „quackelig“, zu trottelhaft. „Sägt nicht zu viel mit den Händen durch die Luft, sondern behandelt Alles gelinde“ — das gilt auch für Herrn Deutschmann. Fr. Wohl hat uns am Sonnabend „ein Schnippschen geschlagen“; wo wir es gar nicht erwartet hatten, war sie am besten. Ihre Ophelia im Wahnsinn verdient die beste Pensur ohne jedwede Einschränkung. Mit den Leistungen der Herren D. Senger (Horatio), Hahn (Laertes), Ernest (Geist von Hamlet's Vater) sind wir vollauf zufrieden. Herr Kunze als Schauspieler und Todtengräber konnte unsere Beifall finden. Die Rosenkranz und Gildenstern des Herrn Siebert und Immelmann waren einfach unter aller Kritik. Wir wollen hoffen, daß Herr Siebert den wir stets als einen talentirten und denkenden Schauspieler kennen gelernt haben, das Versäumte nachholt. — Im Sonstigen war das Gesammtspiel lobenswerth, die Inszenirung vortrefflich.

Briefkasten.

Café Central. Anonyme Einsendungen wandern in der Papierkorb.
Hadersleben. Wir hoffen, öfters von Ihnen etwas zu bekommen. Gruß!

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 11. März.
Der Schweinehandel verlief träge. Zugeliefert wurden 2200 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Verjandschweine schwere 44-46 Mk., leichte 44-46 Mk., Saueu 40-44 Mk. und Ferkel 43-45 Mk. pr. 100 Pfd.

Witterungs-Bericht.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,40 D., mäßig. 10 Ralte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Sohnes wurden hoch erfreut
J. Böttcher und Frau geb. Hildebrandt.

Großer
Ausverkauf
von
leicht beschädigten Waaren.
H. Gröper
11 Kupferschmiedestraße 11.

Tapeten u. Borden
in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Reste in jeder Stückzahl zu halben Preisen.
Fadenb. Allee 10. Hans Fock
Telephon 339. Hansa-Drogerie.

Frische Schmarzische
Sauernbutter, pr. Pfund 95 Pfg.
Hofbutter, per Pfund 1 Mk.
Herm. Krapp, Butterhandl.,
Schwönekauerstraße 28.
Soeben eingetroffen eine Ladung frostsreie
Pa. Magnum bonum
und empfehle dieselben billigst.
W. Scharfenberg, Al. Kiebau 8.

Reichel's Kulmbacher Bierhaus.
Neue Sendung
Hell Reichelbräu Hell
angefommen.

Die durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ hergestellten
Einbanddecken
zum Hochverrathsprozesse
wider
Lieb knecht, Bebel, Hepner
sind in Halbfranz-Prachtband zu 1,20 Mk., in Leinen zu
0,50 Mk. zu haben in der
Expedition des Lübecker Volksboten.

Schönes
Braten-
Schmalz
Pfund 40 Pfg.
Aug. Scheere
Hofstenstraße 27.
Visitkarten
100 Stück von 60 Pfg an
empf. Otto Wessel, Moisl. Allee 16 a.
Wo werden die höchsten Preise bezahlt für
Bodenrummel, alte Mobilien, Betten
und getragene Kleidungsstücke?
Hundestraße 8.

Gesucht zu sofort ein junger Knecht.
Hartenstraße 17.
Einige Frauen zum Hausiren.
Näheres Friedensstr. 50.
Gesucht ein kleines Reol
mit kleinen Gehinden für Klein-
handel von Spirituosen.
J. Hamann, Absterstraße 33 d.
Ein Paar fast neue Damenstiefel
billig zu verkaufen. Hundestraße 85.
Eine gut erhalt. Tritts-Nähmaschine
zu verkaufen. Esengrube 20/5.
Zu verkaufen das Haus Hansastraße 71 a
für 10700 Mk. bei 1000 bis 1500 Mk. Anzahl.
Näheres Friedensstraße 63.
Zum 1. April eine freundliche Wohnung,
3 Zimmer, Keller u. Boden; dabei eine Stube
für eine einzelne Frau. Ludwigstraße 10.

Durch Zufall zu vermieten eine H. Wohnung
für 124 Mark. Mühlenstraße 79/7.
Zum 1. April eine Part.-Wohnung, sowie ein
Logis für 2 junge Leute. Engelsgrube 69.
Gesucht ein fremdbl. möbl. Zimmer in der
Nähe des Hofstenthor's. Offerten unt. K V 22
an die Exped. d. Bl.

Dank.
Ueber zwei Jahre litt ich an einer hartnäckigen
Barthelste. Alle verordneten Mittel blieben
erfolglos, bis ich mich an Frau J. Dentzau,
Lübeck, Untertrave 118, wandte. In kurzer
Zeit wurde ich im vorigen Jahre von dem
Uebel befreit und kann ich dieselbe allen Leidens-
genossen bestens empfehlen. Zu näherer Aus-
kunft bin ich persönlich gern bereit.
H. Soltau, Krempeisdorf.

Mitglieder-
Versammlung
der
Gasenarbeiter Lübeck's
am
Mittwoch den 13. März
Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Hrn. W. Neumann,
„Berliner Hof“.
Tages-Ordnung:
1. Die Uebersetzungs-Vorlage. (Ref.: C. Willenbrod)
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck.
Mittwoch den 13. März:
105. Abonnements-Vorstellung. 3. Serie: Drangt
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Die Haubenlerche.
Donnerstag den 14. März:
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Ausser Abonnement.
Benefiz für Fr. Alberta Wehl.
Der Postillon von Lonjumeau
Die Nürnberger Puppe.

Die Arbeitslosigkeit im Gewerkeverein der Buchdrucker von 1875 bis 1894.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ hat kürzlich eine sehr mühsame und dankenswerthe statistische Studie über die in den letzten 20 Jahren in der Organisation vorhandene Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Die Aufzeichnungen datiren vom 1. Oktober 1872. Mit diesem Zeitpunkt wurde die zentralisirte Reiseunterstützung eingeführt. Am 1. Januar 1880 trat die Arbeitslosenunterstützung in Kraft. Bis zu diesem Datum sind in der mitgetheilten Statistik nicht sämtliche Arbeitslose der Organisation, sondern nur diejenigen aufgeführt, welche sich auf der Reise befanden und Reiseunterstützung erhielten. Auch hiermit ist der ganze Umfang der Arbeitslosen noch nicht gegeben, da der Verband regelmäßig eine große Anzahl nicht-bezugsberechtigter Mitglieder hat, bei denen die Karenzzeit zum Bezug der Unterstützung noch nicht verstrichen ist. Nach den Feststellungen einzelner Zweigvereine stellt sich die Zahl der Bezugsberechtigten gegenüber den Nichtbezugsberechtigten bei der Arbeitslosenunterstützung wie 1 zu 1,5, d. h. auf 100 Bezugsberechtigte kommen 150 Nichtbezugsberechtigte. Bei der Reiseunterstützung beträgt die Zahl der nichtbezugsberechtigten Mitglieder 16,5 pCt. Auf 100 Bezugsberechtigte kommen 16,5 Nichtbezugsberechtigte. Aus diesen Feststellungen ergibt sich nach der Berechnung, daß ungefähr ständig 8,5 pCt. der Verbandsmitglieder arbeitslos sind.

Werden hierzu diejenigen, welche Meldung bei einretender Arbeitslosigkeit machen und die Kranken (mit Ausschluß der Invaliden) gerechnet, so stellt sich die unverschuldete ständige Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder auf 14 pCt. In zwei Tabellen ist die Summe der Arbeitslosen für die einzelnen Jahre angegeben und zwar nach den Monaten die höchste und niedrigste Zahl, sowie der Jahresdurchschnitt. Diese nach Kopfszahl gemachte Aufstellung wird dadurch ergänzt, daß die Zahl der im ganzen Monat Arbeitslosen nach der Höhe der gezahlten Unterstützung berechnet ist und dadurch die Möglichkeit gegeben wird, die Zahl der während des ganzen Jahres Arbeitslosen festzustellen.

Zu dieser für die einzelnen Jahre gemachten Feststellung der Zahl der Arbeitslosen bemerkt nun der „Correspondent“:

„Und die Hunderte steigen und steigen! 1880 ist der höchste Stand rund 7, 1881 fast 8, 1882 über 11, 1883 beinahe 12, 1884 beinahe 13, 1885 sind sie gesunken auf 11, 1886 und 1887 wieder gestiegen auf 15 und mehr, 1888 und 1899 gefallen auf 12 und 10, dann 1890 und 1891 wieder angewachsen auf über 13, 1892 auf über 19 und 1893 auf über 16 Hundert! Man verdreifache nun analog unseres Verfahrens bei den konzentrierten Arbeitslosenzahlen diese Ziffern und gewinnt dann im August 1893 unter sämtlichen Buchdruckergehülfen (organisirten und nichtorganisirten) ein Heer von ungefähr 9000 Arbeitslosen. Fast ein Drittel aller Gehülfen! Sind das gesunde Zustände in unserm Gewerbe und in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung überhaupt?“

Es wird ferner festgestellt, daß der Prozentsatz der arbeitslosen Verbandsmitglieder mit geringen Schwankungen stets der gleiche geblieben ist. Dagegen ist die Kopfszahl der Arbeitslosen ununterbrochen von Jahr zu Jahr gewachsen.

Die Schwankungen sind zum Theil eine Folge der von Prinzipalseite für die in Aussicht stehenden Kämpfe getroffenen Vorbereitungen.

Ueber die Wirkung des Streiks auf die Arbeitslosigkeit spricht sich der „Correspondent“ wie folgt aus: „Für die Organisation erhöhen sie dieselbe unfreilich momentan. Das beweisen die Jahre 1886 (wo die höchste Konditionslosigkeit im Oktober, nicht im August ist) und 1887, das beweist auch das Jahr 1892. Allein einen dauernden Schaden verursachen sie nicht. Schon 1888 ist die Arbeitslosigkeit wieder geringer als 1884, und 1889 niedriger selbst als 1885. 1893 ist ja der Rückgang minder günstig, indeß daran trägt die wirtschaftlich ungleich schlechtere Lage Schuld.“

Eine dritte Tabelle, die der „Möbilitätsstatistik“, zeigt das Verhältniß der Arbeitslosen zu den Gemahregelten, Kranken und Invaliden. Bei Besprechung dieses Verhältnisses weist der „Correspondent“ den Vorwurf zurück, daß der Verband der Buchdrucker nur ein „Streikverein“ sei und bemerkt: „Natürlich legen wir auf die Lohnfrage ein Hauptgewicht, denn setzen wir die Mitglieder nicht in den Stand, den Ansprüchen des Gewerkevereins genügen zu können, so muß dieser zu einer Wohltätigkeitsinstitution nach Art der Zigarrenabschnitts-Sammelvereine werden. Solcher „Gott vergeltet“-Verein kann sich nur an den kleineren Kreis von Personen wenden, welche schon in der Lage sind, einen Beitrag abzugeben, dieser Beitrag muß aber außerordentlich minim sein, sonst findet der Gesehensverein keine oder nur wenige Anhänger, weil die Zahl der Arbeiter, die so viel leisten können, wie zu einer nennenswerthen Unterstützung der inaktiven Berufsgenossen gehört, sehr gering ist. Sie kann nur dadurch vermehrt werden, daß der Gewerkeverein sich bemüht, die Einnahmen aufzubessern. Die Durchschnittszahl aller auf ein Jahr einschließlich der längeren Streiks fallenden Gemahregelten beträgt 146 und steht weit unter der Durchschnittszahl der gewöhnlichen Arbeitslosen (479), der Kranken (480) und selbst der Invaliden (155); der Prozentsatz beträgt 0,9 gegen 4,1 bezw. 3,3 bezw. 1,1.“

Und weiter: „Eine freiwillige Organisation, die unter permanenten offenen und versteckten Verfolgungen vor der Prinzipalschaft und dem ihr ergebenden Theile der Gehülfenschaft, unter häufigen Eingriffen von Behörden, unter heftigen wirtschaftlichen Kämpfen und im politischen Unwetter, in guten Zeiten und in den lähmenden Perioden der Krisen unentwegt ihre Sorge für die hilflosen Kollegen in zunehmendem Maße bethätigte, hat sich mit unermesslichem Ruhm und Preis bedeckt. Es unterstützten, die von 1868 bis 1879 verausgabten Hunderttausende unberücksichtigt, 1880 6278 Mitglieder schon eine solche Menge Kollegen zeitweilig, daß sie zusammen 293 das ganze Jahr über unterstützte Personen repräsentiren. Und der Jahresetat schwankt allmählich auf das Achtfache an! 1891 sind 2410 rechnungsmäßige Individuen durchgehend unterstützt worden. Die Zahl ist ja in Folge des Ausstandes ungewöhnlich hoch, ebenso die von 1887 und 1892, allein 1893 hat uns als ordnungsmäßiges Jahr immer noch 1462 Unterstützungsbezieher bescheert.“

Der Durchschnitt aller 14 Jahre mit 1138 giebt eigentlich wegen der Anfangsjahre ein schiefes Bild. Besser entspricht der Durchschnittsprozentsatz mit 9 (von 1883 an gerechnet mit 9,16) den wirklichen Anforderungen der jüngeren Jahre. Ist die Nächstenliebe nicht musterhaft gepflegt, wo je 100 bescheiden entlohnte Arbeiter neun verdienstlosen Genossen stets und ständig hilfreich durch das Leben helfen?“

Von besonderem Interesse ist in der dritten Tabelle die Rubrik, in welcher angegeben wird, auf wieviel Mitglieder ein unterstützungsberechtigter Arbeitsloser kommt.

Hierzu sagt der „Correspondent“: „Nach dieser Aufstellung nahmen die 14 Jahre folgende Reihenfolge hinsichtlich ihrer finanziellen Tragweite für die Organisation ein: das schlimmste war das Jahr 1887, in ihm waren auf jeden Arbeitslosen nur 18,4 steuernde Mitglieder vorhanden, von der Steuer zur Allgemeinen Kasse (50 Pfg.) wurden nicht weniger als 38 Pfg. zur Unterstützung der Arbeitslosen verbraucht. Die Jahre gestalten sich dann weiter: 1882 19,5, 1892 20,3, 1884 20,4, 1883 21,3, 1880 22,4, 1886 23,2, 1888 24,8, 1885 27,4, 1881 27,8, 1893 29, 1889 35, 1891 38,3, 1890 38,6.“

Zum Schluß wird bei der Uebersicht der gewonnenen Resultate bemerkt:

„Ein stehendes Heer von 10, mit den Kranken von 14 pCt.! Zehn Millionen hat es aus den schmalen Beuteln der Buchdruckergehülfen seit sechsundzwanzig Jahren verschlungen! Und wie viel Elend blieb noch ungestillt! Ist das die beste der Welten?“

Noch ein verschlimmernder Umstand kommt zu der ziffernmäßig geschilderten Lage hinzu. Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich stark auf ein bis zwei Duzend Großstädte. Hier sammelt sich der Heerbann und erwartet Beschäftigung. Wo schon so Viele sind, die immer unjenseit warten, finden sich die Neuen begreiflicher Weise ebenfalls nur mit der gleichen negativen Folge ein, bestenfalls müssen die schon vorhandenen Nichtbeschäftigten wegen der Neuankömmlinge künftig nur noch länger warten, ehe sie vorübergehend Unterkunft erhalten. Der Gewerkeverein muß es sich je schneller desto besser zur Aufgabe stellen, dem Zusammenflusse der arbeitslosen entgegenzuwirken. Die modernen Arbeitslosenherde sind für ihn eine ernstliche Gefahr, ein stetiger Schaden. Nicht bloß, daß an den betreffenden Orten die Arbeitsbedingungen gedrückt werden, auch nach außen drückt das konzentrierte Elend auf den standard of life (die Lebenshaltung).“

Die von dem „Correspondent“ veröffentlichte Statistik, eine fleißige, gewissenhafte Arbeit, bietet reiches Agitationsmaterial für die Verkürzung der Arbeitszeit, und gestattet den Schluß, daß eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ohne beträchtliche Zuschüsse aus privaten und öffentlichen Mitteln, wenn überhaupt, so doch nur unter ausnahmsweise günstigen Verhältnissen, wie z. B. in einer maschinenlosen Branche, auf die Dauer möglich ist. Zu wünschen wäre, daß andere Gewerkschaften dem Beispiele der Buchdrucker folgten und sich bemühten, im gleichen Sinne Feststellungen bezüglich der Arbeitslosigkeit zu machen.

er bildet sich ein, man sehe nicht, daß er sich schminkt und seinen Schnurrbart färbt.“

„Er will eine Aufnahme unseres Hauses machen,“ sagte Margarethe, während sie ins Haus schritten. Roland meinte unterweg:

„Demnach bleibt er längere Zeit hier und da werde ich wohl auch noch ihn zu begrüßen das Vergnügen haben.“

„Jedenfalls,“ bemerkte der Pfarrer trocken. „Du wirst ihn sogar schon morgen begrüßen können.“

„Ich lehre ja heute Abend nach London zurück — ich bin dort bei Verwandten zu Besuch,“ verjette Roland unsicher.

„Um — wie willst Du denn heute noch nach London kommen?“

„Mit dem Schnellzug, der um 8 Uhr Voking passiert und um 9 Uhr in London ist.“ Es lag etwas Hastiges in Rolands Entgegnung.

„Der Zug wird schon ganz pünktlich sein, aber Du weißt vermuthlich nicht, daß es vorhin schon 8 Uhr geschlagen hat?“

„Nein, das wußte ich freilich nicht,“ mußte Roland schuldbewußt zugeben.

„D. Roland — wann wirst Du nur lernen, erst die Entfernung zu messen und dann den Sprung zu wagen?“

„Sobald ich eine liebe Frau habe, die so gütig ist, meine Erziehung zu vollenden!“ Dabei schlang Roland lustig den Arm um Margarethe.

„Um — wir wollen das nach dem Abendessen besprechen,“ meinte Richard, „ich bin hungrig.“

Du kannst heute Nacht im Fremdenzimmer schlafen, Roland, und nach Tisch wollen wir berathen, was sich thun läßt.“

Der Durchschnitt aller 14 Jahre mit 1138 giebt eigentlich wegen der Anfangsjahre ein schiefes Bild. Besser entspricht der Durchschnittsprozentsatz mit 9 (von 1883 an gerechnet mit 9,16) den wirklichen Anforderungen der jüngeren Jahre. Ist die Nächstenliebe nicht musterhaft gepflegt, wo je 100 bescheiden entlohnte Arbeiter neun verdienstlosen Genossen stets und ständig hilfreich durch das Leben helfen?“

Von besonderem Interesse ist in der dritten Tabelle die Rubrik, in welcher angegeben wird, auf wieviel Mitglieder ein unterstützungsberechtigter Arbeitsloser kommt.

Hierzu sagt der „Correspondent“:

„Nach dieser Aufstellung nahmen die 14 Jahre folgende Reihenfolge hinsichtlich ihrer finanziellen Tragweite für die Organisation ein: das schlimmste war das Jahr 1887, in ihm waren auf jeden Arbeitslosen nur 18,4 steuernde Mitglieder vorhanden, von der Steuer zur Allgemeinen Kasse (50 Pfg.) wurden nicht weniger als 38 Pfg. zur Unterstützung der Arbeitslosen verbraucht. Die Jahre gestalten sich dann weiter: 1882 19,5, 1892 20,3, 1884 20,4, 1883 21,3, 1880 22,4, 1886 23,2, 1888 24,8, 1885 27,4, 1881 27,8, 1893 29, 1889 35, 1891 38,3, 1890 38,6.“

Zum Schluß wird bei der Uebersicht der gewonnenen Resultate bemerkt:

„Ein stehendes Heer von 10, mit den Kranken von 14 pCt.! Zehn Millionen hat es aus den schmalen Beuteln der Buchdruckergehülfen seit sechsundzwanzig Jahren verschlungen!

Und wie viel Elend blieb noch ungestillt! Ist das die beste der Welten?“

Noch ein verschlimmernder Umstand kommt zu der ziffernmäßig geschilderten Lage hinzu. Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich stark auf ein bis zwei Duzend Großstädte. Hier sammelt sich der Heerbann und erwartet Beschäftigung. Wo schon so Viele sind, die immer unjenseit warten, finden sich die Neuen begreiflicher Weise ebenfalls nur mit der gleichen negativen Folge ein, bestenfalls müssen die schon vorhandenen Nichtbeschäftigten wegen der Neuankömmlinge künftig nur noch länger warten, ehe sie vorübergehend Unterkunft erhalten. Der Gewerkeverein muß es sich je schneller desto besser zur Aufgabe stellen, dem Zusammenflusse der arbeitslosen entgegenzuwirken. Die modernen Arbeitslosenherde sind für ihn eine ernstliche Gefahr, ein stetiger Schaden. Nicht bloß, daß an den betreffenden Orten die Arbeitsbedingungen gedrückt werden, auch nach außen drückt das konzentrierte Elend auf den standard of life (die Lebenshaltung).“

Die von dem „Correspondent“ veröffentlichte Statistik, eine fleißige, gewissenhafte Arbeit, bietet reiches Agitationsmaterial für die Verkürzung der Arbeitszeit, und gestattet den Schluß, daß eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ohne beträchtliche Zuschüsse aus privaten und öffentlichen Mitteln, wenn überhaupt, so doch nur unter ausnahmsweise günstigen Verhältnissen, wie z. B. in einer maschinenlosen Branche, auf die Dauer möglich ist. Zu wünschen wäre, daß andere Gewerkschaften dem Beispiele der Buchdrucker folgten und sich bemühten, im gleichen Sinne Feststellungen bezüglich der Arbeitslosigkeit zu machen.

Jenny meldete, daß servirt sei, und die kleine Gesellschaft speiste mit bestem Appetit.

Gleich nach dem Abendessen zog Margarethe sich zurück, während Richard und sein Gast im Studierzimmer saßen und sich bei einem Krug Me und Zigarren behaglich machten.

„Schmecken Dir die Zigarren, Roland?“ fragte der Pfarrer, nachdem er seinen Schlafrock angezogen und die Gläser gefüllt hatte.

„Ja — sie sind besser als das Kraut, das Du für gewöhnlich rauchst.“

Richard Bane lachte.

„Dein Vater hat mir die Zigarren geschenkt,“ sagte er dann.

„Das freut mich.“

„Roland“, begann Richard nach einer Weile, „was gedenkst Du jetzt zu thun?“

„Ja, wenn ich das wüßte!“

„So will ich meine Frage anders stellen — ist es Deine Absicht, Grethe zu heirathen?“

„Aber Richard,“ fuhr Roland auf, „wie kannst Du daran zweifeln — Du solltest doch wissen, daß sich das von selbst versteht.“

„Ich begreife nicht, wie die Frage Dich kränken kann — mir scheint sie nur natürlich.“

„Ich fände sie nur natürlich, falls ich Dir Veranlassung gegeben hätte, mich für einen Schurken, der mit den Gefühlen eines Mädchens spielt, zu halten.“

„Sprechen wir ohne Umschweife, Roland,“ sagte Richard ernst; „wenn Du um Margarethe wirbst, muß es offen geschehen — Hintertüren und Lügen müssen dabei aus dem Spiel bleiben. Margarethe liebt Dich, aber dessen ungeachtet wird sie nicht vergessen, was sie

Jolly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von A. Geißel.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Wenn Herr Garnier es als Bedingung empfand, daß der Baron die Heirath seines Sohnes mit dem Mädchen, welches er ihm, Garnier zur Gattin empfahl, als eine Mesalliance betrachtete, so zeigte er es jedenfalls nicht und beide Herren erreichten im besten Einvernehmen das Schloß.

Sobald die Gäste sich entfernt hatten, zog der Pfarrer den Arm seiner Schwester in den seinen und schlenderte mit ihr hinaus in den Garten, wo er wie absichtslos auf die Hinterpforte zuschritt und, dieselbe öffnend, lachend rief:

„Herein mit Dir, Du Bagabund!“

Margarethe stieß einen Laut der Ueberraschung aus, während Roland auf sie zueilte und ganz zerknirscht sagte:

„O Gretel — wie konnte ich Dich verlassen! Wäre mein Vater allein gewesen, dann hätte ich mich nicht einen Augenblick besonnen, wieder zurückzukommen; aber in Gegenwart eines Fremden wagte ich es nicht! Wer war eigentlich der Herr? Ich konnte sein Gesicht nicht sehen.“

„Ein Herr Garnier.“

„Amadis Garnier — wie kommt denn der hier her? Er ist übrigens ein sehr liebenswürdiger, gebildeter Mann.“

„Das schien mir auch so,“ nickte der Pfarrer, während Margarethe lächelnd hinzufügte, „er male nicht nur Landschaften, sondern auch Gesichter.“

„Ach ja,“ lachte Roland, „das ist seine Schwäche —

Soziales und Partei-Leben.

Köln. Der Zustand der Weber der Firma Schwamborn u. Classen in Aachen ist am 5. März durch Vergleich beendet worden.

St. Johann a. d. S. Sämmtliche Arbeiter der Diamantschleiferei und die in Idar an der Nahe haben die Arbeit niedergelegt. Der Grund ist Abänderung des Lohns.

Ein Kongress der Kupferschmiede Deutschlands findet am 25 bis 28. März in Braunschweig statt.

Ueber die Arbeiterwohnungen wurde kürzlich im Münchener polytechnischen Verein ein Vortrag gehalten, in welchem der Referent die ganze Misere hauptsächlich auf das System der Astermiether zurückführte. Er verlangt, daß die Zahl der Astermiether auf das denkbar geringste Maß herabgesetzt werde und will der Auswucherung der kleinen Wohnungen dadurch entgegenzutreten, daß die Kommunen Bauland für Arbeiterwohnungen abgeben. Nach einer dort bekannt gegebenen Statistik kommen auf ein Haus durchschnittlich in:

Bewohner:	Sterblichkeitsfälle pro Tausend	Uneheliche Geburten $\frac{1}{2}$ Proz.
London	8	24
Berlin	32	25
Paris	35	28
Petersburg	52	41
Wien	55	45

Daß das gedrängte Zusammenwohnen der großstädtischen Proletarier außer gesundheitlichen, auch moralische Schäden im Gefolge hat, ist richtig, es als hauptsächlichste Ursache der „Misere“ hinstellen zu wollen, ist aber übertrieben; die Astermietherei ist vielmehr eine Folge der allgemeinen sozialen Nothlage.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Von dem Auftreten einer epidemischen Krankheit von unbestimmter Herkunft meldet ein Lokalbericht-erklärer. Ueber ihre Erscheinungen heißt es: Die Krankheit erscheint ebenso schnell und unvermuthet wie die Influenza. Sie beginnt mit Blasenbildungen im Munde, auf Zunge und Gaumen und in der Rachenhöhle, die Blasen gehen alsbald auf und es entstehen große wunde Stellen, die recht schmerzhaft sind. Der Kranke kann feste Nahrung überhaupt nicht zu sich nehmen und kaum sprechen. Die Krankheit dauert etwa vier bis sechs Tage und hinterläßt ein großes Schwächegefühl. Der ärztliche Eingriff beschränkt sich im wesentlichen auf Mundspülungen mit Kamillenthee u. dergl. Man nennt Familien, in denen drei und vier Personen gleichzeitig von dieser Krankheit befallen wurden. Die „Voss. Zeitung“ fragt, ob nicht eine Uebertragung der Maul- und Klauenpeuche auf Menschen vorliegt, wie sie Dr. Siegl in Briss beobachtet und beschrieben hat. Die Uebertragung mächte in diesem Falle durch Milch geschehen sein. Dafür spricht die Beschränkung auf einzelne Stadttheile und das mehrfache Auftreten in einer Familie. Auch die örtlichen Zeichen der Erkrankung weisen auf einen Krankheitsreger in einem Nahrungsmittel hin.

Zwei interessante Dokumente finden wir im „Berliner Tageblatt“. Ein Mitarbeiter theilt dem Blatte aus seinem juristischen Vorbereitungsdiens bei einem ober-schlesischen Amtsgerichte, dessen Name hier allerdings fingirt ist, als Stilproben einige Eingaben mit, die seiner Zeit durch seine Hände gegangen sind. Die erste ist eine Beschwerde des städtischen Nachwächters zu Wuttinow,

„Ich selbst schuldig ist und was sie verlangen darf und muß! Sie ist stolz und in diesem Punkt bin ich es auch — entweder liebt Du sie nicht so, wie sie Dich liebt und dann ist's besser, es kommt zur Trennung, oder Du sagst Deinem Vater, wie es zwischen Dir und Grethe steht.“

„Verzeihe mir, Richard, von dieser Seite hatte ich die Angelegenheit noch nicht angesehen. Was meinen Vater betrifft, so weiß ich ganz genau, daß er diese Heirath nicht wünscht — ich soll die Tochter einer aristokratischen Familie heirathen.“

„Und wenn Du nun auf der Heirath mit Grethe bestehst?“

„Dann muß ich darauf gefaßt sein, daß mein Vater, von welchem ich einstweilen noch völlig abhängig bin, mir kein genügendes Einkommen aussetzt, und wollen wir denn leben?“

„Wie ich Grethe kenne, nimmt sie Dich nicht um Deines Einkommens willen.“

„Das weiß ich, aber von der Lust können wir nicht leben, und deshalb —“

„Du scheinst ganz zu vergessen, daß Du einen Kopp und ein paar Hände zur Arbeit hast, und auch Grethe versteht zu arbeiten.“

„Aber sie soll nicht arbeiten, wenn sie mein Weib ist!“

„Ah — Du bist wohl der Ansicht, daß Arbeit schändet?“

„Wenn auch das nicht, so dünke ich doch —“

„Grethe kann Unterricht geben — sie hat es schon etliche Jahre gethan und besitzt auch Talent zum Unterrichten.“

„Um — ich soll dann wohl kochen und den Haushalt besorgen?“

„Ich glaube nicht, daß dies zum Vortheil des Hausstandes wäre,“ sagte Richard gelassen.

„Ich glaube es auch nicht,“ mußte Roland darauf halb lachend zugeben; dann wurde er wieder ernst und sagte:

dem Sitze des Amtsgerichts, gegen den Bürgermeister. Diese Beschwerde wirkt in ihrer künftigen Ursprünglichkeit ein scharfes Schlaglicht auf die Natur der patriotischen Begeisterung und ist so ein schätzenswerthes kulturhistorisches Aftenstück.

Kaczmarek Jakob, der städtische Nachwächter schreibt:

An Landrath kienliches hochgueditgebormis zu N. War sich Kaisergebuktat. Verkauf sich allis, was is guttes patriot. Mus sich nachwechtr allis herrschast besuffenis firn zu haus. Gutt, is sich amt meiniges. Gab ich gefirt Pan (Herrn) Amtrichtr, pan Postmeistr, pan Aptekir, fugor pan farrir hochwirdigis. Vos burgemeistr neuis, mensch schwachis, was sich fertrakt gar niz, will sich gehn alein. Kann nich. Last sich nich firn. Schreit wie oxe und haut mit arme und beine. Fallt wir sich beide uff strafeschunziges, ich allis mann schwach uff sikli wegen kaiser. Last sich allis aus nachwechtr dummis. Ergit mich ferr. Bit ich horsamft Landratt guediges, besull burgemeistr neuis, soll sich last firn zu haus, w n n is besuffen.

Unterteinixter Kaczmarek Jakob, nachwechtr kienlichis.

Von nicht geringerem Werthe ist die zweite „Stilprobe“; zeigt sie doch die Kämpfer für Moral und Sitte in reizender Nachtriv.

In Schwiniowiz, einem Vororte von Wuttinowiz, befand sich ein sehr übel berüchtigtes Lokal mit Damenbedienung. Kardantschi, der städtische Polizeidiener, wurde einst mit einer Recherche wegen der Gesellschaft, die dort im Lokale verkehrte, betraut und erstattete folgenden Bericht: „In dieser Kneipe verkehren Nientenants in Zivil aus der nächsten Garnison, Rittergutsbesitzer aus der Umgegend, Beamte der gräflichen Generaldirektion, hiesige und auswärtige Frauenzimmer mit ihren Bräutigams und ähnliches Gesindel!“

Da gehört er hin! Wo alles, was patriotisch ist, sich anschießt, den alten Mann in Friedrichsruh zu feiern, kann die Berliner Schlächterinnung nicht zurückbleiben. Sie will Bismarck am 1. April zum Ehrenmitglied ernennen. Hoffentlich nimmt der alte Wortführer der Blut- und Eisenpolitik diese eben so schmeichelhafte wie passende Ehrenmitgliedschaft verständnißinnig an.

Ist die Polizeibehörde befugt, ein Kind dem Arzte zwangsweise zur Impfung zuzuführen? Das Oberverwaltungsgericht in Preußen hat diese Frage in einem Rechtsstreite, der zwischen dem Rechtsanwalt Freischem in Düsseldorf und der dortigen Polizeibehörde schwebte, in bejahendem Sinne entschieden. Der „Voss. Zeitung“ wird darüber geschrieben: „Durch Verfügung vom 21. November 1893 hatte die fragliche Polizeiverwaltung den Rechtsanwalt Freischem aufgefordert, sein impfpflichtiges Kind, welches er trotz wiederholter Aufforderung und mehrfacher Bestrafung nicht hatte impfen lassen, dem Impfarzt zum Impfen vorzustellen; sollte Freischem dieser Aufforderung nicht nachkommen, so wurde ihm eine zwangsweise Vorführung des Kindes angedroht. Gegen diese Verfügung beschritt Freischem das Verwaltungsverfahren und machte geltend, daß Eltern, Pflegeeltern und Vormünder nach dem Impfgesetz mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft werden könnten, wenn deren Kinder und Pflegebefohlene ohne gesetzlichen Grund und trotz amtlicher Aufforderung der Impfung entzogen würden, darüber aber, daß die Kinder

„Ich werde arbeiten, Richard, tüchtig arbeiten! Du weißt, wenn's sein muß, kann ich's. Als ich in Oxford studirte und vor einem Examen stand, gönnte ich mir auch nicht eher Ruhe, als bis ich meine Aufgabe gelöst hatte. Ich warte freilich stets so lange als möglich, bis ich erst anfangen, aber nachher geht es auch um so flotter!“

„Ich will das Beste hoffen. Nun reden wir von der nächsten Zukunft; wenn icht recht gehört, willst Du Morgen vor dem Frühstück mit Grethe einen Spaziergang machen — was gedenkst Du nach dem Frühstück zu thun?“

Nach dem Frühstück gehe ich aufs Schloß und spreche mit meinem Vater. Ich sage ihm, daß ich mich mit Grethe verlobt habe und daß ich sie um keinen Preis aufgeben werde. Anfänglich wird mein Vater sehr heftig werden — hoffentlich hast nicht auch Du unter seinem Born zu leiden.“

„Ich wüßte nicht, wie das geschehen sollte: Mache Dir um mich keine Sorgen.“

„Wenn's nicht anders geht, muß ich das Schloß endgültig verlassen,“ sagte Roland etwas unsicher; „mein armer alter Vater — ich bin sein Einziger und ich glaube, das Herz würde ihm brechen, wenn er mich verlieren sollte!“

„Um so reiflicher wird er sich's überlegen, bevor er es zum Bruch kommen läßt.“

„Ich glaube es auch, und er muß doch begreifen, daß ich kein Kind mehr bin! Ich werde sehr fest und bestimmt auftreten.“

„Aber niemals darfst Du vergessen, daß er Dein Vater ist,“ ermahnte ihn jetzt der Pfarrer sanft und würdevoll.

„Gewiß nicht, aber ich werde ganz ruhig und offen mit ihm sprechen. Er muß aber Grethe als Tochter willkommen heißen — und — er wird es auch schon thun!“

zwangsweise vorgeführt werden könnten, enthalte das Impfgesetz keine Bestimmungen. Der Bezirksausschuß trat dieser Auffassung bei und hob die polizeiliche Verfügung insoweit auf, als durch dieselbe die zwangsweise Vorführung des Kindes zur Impfstelle angebroht wurde. Gegen diese Entscheidung legte die Polizeiverwaltung Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein, welches die Vorentscheidung aufhob und die Klage des Anwalts abwies. Aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes folgerte der I. Senat des Oberverwaltungsgerichts, daß die Polizei befugt sei, ihre rechtmäßige Anordnung durch unmittelbare Zwang durchzusetzen. (Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts schließt nicht aus, daß eventuell der Strafrichter zu ganz anderen Schlüssen käme. D. Red.)

Aus dem Musterlande Preußen oder wie werden politische Gefangene behandelt. Der Redakteur der „Lichtstrahlen“, Otto Harnisch, und der Herausgeber derselben, Herrmann Teistler, sind bekanntlich wegen Verbreitung verbotener Schriften zu 1 bzw. 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Nach der „Voss. Zeitung“ wird Harnisch jetzt in Plöbensee mit Strumpfsticken, Teistler dagegen mit Düttenkleben beschäftigt. Der Dichter Kinkel hat bekanntlich vor nunmehr gut vierzig Jahren im Buchthause Wolle spulen müssen, der Philosoph Wolff sollte von Friedrich Wilhelm I. gehängt werden. Es läßt nicht verkennen, daß mit der Zeit selbst Preußen in der Behandlung der Leute, welche selbständige Gedanken zu verbreiten wagen, gewisse Fortschritte zum Besseren macht.

Wohin die Konsequenz führt. Die Lehrer eines Kreises der Provinz Ostpreußen hatten sich nach der amtlichen Konferenz mit ihrem Chef und den Ortschulinspektoren zu einer gemeinsamen Mittagsmahlzeit vereinigt. Das übliche Hoch auf den Kreischulinspektor brachte ein als Zinker rühmlichst bekannter Lehrer in der Weise zur Ausführung, daß er ihn als einen vortrefflichen Weisel pries. In seiner Antwort wartete der Kreischulinspektor auf die Lehrer als die Arbeitsbienen, ohne die auch die beste Königin niemals einen Tropfen Honig zusammenbrächte. Die bekannte Silentium-Glocke schrillte zum dritten Mal und „Meine Herren,“ hörte man einen würdigen Präzeptor sprechen. „gestatten Sie mir, daß ich das von den Herren Vorrednern angeführte Bild weiterspinnne.“ — Große Erwartung. — „Zu einem Dienenstod gehören außer der Königin und den Arbeitern auch die Drohnen.“ — Spannung auf allen Gesichtern. — „Diese Drohnen sind bei uns die Herren Geistlichen, die Ortschulinspektoren.“ — Katastrophe in Gestalt eines unbeschreiblichen Lachorkans.

Neustadt a. d. Hardt. Die Behörden der Städte Kaiserslautern und Neustadt haben es definitiv abgelehnt, Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. — Bravo!

Ein Druckfehler vor Gericht! Vor einiger Zeit berichtete die „Breslauer Ztg.“ von einem Geschichtchen: „Der Druckfehlerteufel als Majestätsverbrecher.“ Die Geschichte hat sich in Insterburg zugetragen und der Ankläger ist der Geheime Justizrath Hecht. Wegen dieses „dämlichen“ Druckfehlers ist, wie das erwähnte Blatt berichtet, in diesen Tagen tatsächlich vor der Strafkammer in Insterburg verhandelt worden! Das Gericht hat den Redakteur als unschuldig angesehen und freigesprochen, dagegen die Vernichtung des Zeitungsblattes angeordnet, daß jenen Druckfehler enthalten hatte.

14. Kapitel.

Am Montag Morgen sah Sir Aveling schreibend in der Bibliothek, als sein Sohn eintrat und ihm guten Morgen wünschte.

„Ei, Roland, da bist Du ja schon wieder!“ empfing ihn der Baron munter. „Wärst Du eine halbe Stunde früher gekommen, dann hättest Du einen alten Bekannten getroffen.“

„Das that ich doch, wenn Du von Herrn Garnier sprichst,“ sagte der Sohn.

„Ja, ihn meine ich, aber wo hast Du ihn gesehen, Roland? Er ging doch ins Pfarrhaus“ und wenn Du eben von London kommst —“

„Ich komme nicht von London, Vater — ich komme aus dem Pfarrhause.“

Sir Aveling erschrak und blickte den Sohn ganz verwirrt an.

„Hast Du Zeit für mich, Vater?“ fragte Roland ernst.

„Gewiß, mein lieber Junge — für Dich habe ich immer Zeit!“

Roland setzte sich neben den Baron, zupfte nervös an seiner Krawatte und sagte:

„Vater — ich habe mich vorgestern Dir gegenüber der Täuschung schuldig gemacht, indem ich Dich in dem Glauben ließ, ich habe meine Ansichten in Bezug auf Fräulein Bane geändert.“

„Aber, Roland, Du gabst Dir den Anschein, daß Du Dich meinem Wunsch fügen wolltest —“

„Das ist's ja gerade, was ich als eine Täuschung bezeichne — ich habe unwürdig gegen Dich, sowohl als gegen Margarethe gehandelt und das thut mir sehr leid.“

„Es thut Dir leid?“ Was thut Dir denn eigentlich leid, Roland?“

„Vater, ich hätte Dir schon am Freitag sagen sollen, daß Fräulein Bane eingewilligt hat, meine Gattin zu werden und daß ich nie daran dachte, unsere Verbindung zu lösen.“

(Fortsetzung folgt.)